Varnhagen und seine diplomatischen Berichte.

Karlsruhe 1816–1819[1].

Von

Hermann Haering.

(Schluss.)[1]

Die Äusserungen Varnhagens über den neuen Herrn würden, vollständig zusammengestellt und insbesondere die Urteile nach dem Juli 1819 dazugenommen, ein buntes und nicht ganz zusammenstimmendes Bild ergeben. Noch sollten ihm unter der Regierung des Grossherzogs Ludwig einige erhebende Monate beschieden sein. Der erst in vorgerücktem Alter zur Regierung gekommene Fürst nahm die Zügel vorsichtig auf. Nur in der inneren Verwaltung griff er, sparsam und ordnungsliebend wie er war, energisch durch. Im übrigen wartete er mit Personalveränderungen vielfach zu[2]). Auch Tettenborn und Varnhagen blieben in Gunst. Küster hat, treffend für die erste Zeit der grossherzoglichen Regierung, König Wilhelm von Württemberg und

---

[1]) Vgl. diese Zs. N.F. XXXVI, 1. — [2]) Der badische Gesandte in Stuttgart, General von Harrant, wurde erst 1821 abberufen, und König Wilhelm musste sich für den ohne Stellung und ohne Pension zur Ruhe Gesetzten verwenden. Küster bemerkt als Grund ganz richtig reminiscences rélatives à de petits démèlés qui jadis ont eu lieu entre lui et le prince Louis d'alors actuellement Grand-duc sous le rapport de leur service commun dans la carrière militaire (Ber. v. 21. Januar 1821). Vgl. dazu meine Abhandlung, diese Zeitschrift N.F. Bd. 29, S. 464. Harrant war damals an Stelle des von der Steinschen Zentralverwaltung und ihrem militärischen Vertreter gewünschten jetzigen Grossherzogs vom Grossherzog Karl zum Organisator und Befehlshaber des Landsturms ernannt worden.

Grossherzog Ludwig dahin verglichen, dass ersterer die grossen Erwartungen, die das Volk auf ihn gesetzt hatte, merklich enttäuscht habe, während letzterer, von dem man nicht allzu viel Gutes erwartet habe, allgemein beliebt geworden sei. Die jede Woche einmal für Landeskinder aller Stände zugänglichen Audienzen besonders erwarben ihm eine grosse Popularität. 100—200, ja 300 Personen aus allen Landesteilen strömten dazu herbei[1]. Varnhagen selbst hatte bis zu seiner Abberufung die Erlaubnis, jederzeit und zu jeder Stunde sich beim Fürsten melden zu lassen[2], während der Grossherzog, wie er in den Denkwürdigkeiten erzählt, oft bei ihm und Rahel unvermutet eintrat und plauderte. Wenn Varnhagen, wie ausgeführt wurde, bedauert hatte, dass das »freisinnige Russland« bisher einen übermächtigen Einfluss auf die badische Politik genommen habe, während für Preussen »Zuneigung und Vertrauen im übrigen Deutschland so unbegreiflich abgenommen haben«[3], so schien jetzt zum zweiten Male[4] die Zeit gekommen, wo Preussen wenigstens bei dem Fürsten Badens die ihm zukommende Rolle spielen würde. Die erste Audienz beim Grossherzog brachte Varnhagen persönlich und dem von ihm vertretenen Hof schmeichelhafte Liebenswürdigkeiten. An die preussische Armee knüpften sich Ludwigs schönste Erinnerungen. »Ich könnte wissen, dass ein anderes Verhältnis politisch mehr Vorteil brächte, und ich müsste es doch mit Preussen halten, das ist stärker als ich« sagte er. Und bald darauf »Denn dahin ist meine Schwäche gerichtet und diesem Hange werde ich treu bleiben, wenn man mirs auch noch so sehr verübeln wollte«[5]. Im Mai 1819 standen die Sachen doch wieder so, dass nach Varnhagens Bericht »die Leitung des russischen Gesandten in den hiesigen Angelegenheiten vorzugsweise wirksam« war. »Am hiesigen Hofe jedoch und besonders im Publikum wird diese grosse Hingebung des Herrn von Berstett an die Leitung jenes Gesandten nicht allgemein

---

[1]) Varnhagens Ber. v. 9. und 23. Januar 1819. Küsters Ber. 22. Juni 1819 und 27. Februar 1821. — [2]) Küster an Bernstorff. 22. Juli 1819. A. A. — [3]) Ber. vom 7. Januar, 7. und 9. Februar 1819. — [4]) Vgl. oben S. 80. — [5]) Ber. vom 16. Dezember 1818 und 4. Februar 1819. Berlin spricht darüber am 23. Januar freudige Genugtuung aus.

gutgeheissen«[1]). Die Herstellung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Ludwig und dem König von Württemberg, das er so sehr gewünscht hätte, gelang Varnhagen gar nicht; er gibt die Schuld daran zum Teil dem täppischen württembergischen Gesandten Grafen Mülinen. Die Zusammenkunft der Fürsten in Schwetzingen zum mindesten war ein vollkommener Misserfolg[2]). In der persönlichen Hinneigung zu Preussen jedenfalls konnten sich die beiden nicht begegnen, und die Sympathie des Grossherzogs für Heer und Staat Friedrichs des Grossen war wiederum ein heilsames Gegenmittel gegen spätere Lockungen Württembergs zu gemeinsamer Fronde gegen die deutschen Grossmächte. Die Befestigung dieser Sympathie liess sich Varnhagen, auch in höchstpersönlichem Interesse, angelegen sein[3]). Er war es, der den Wunsch des Grossherzogs, Inhaber eines preussischen Regiments und General der Infanterie zu werden, nach Berlin vermittelte. Ludwig versprach sich davon nach den Denkwürdigkeiten einen Eindruck auf seine ihm an Kriegserfahrung- und Ruhm überlegenen Offiziere. Um Küster kümmerte sich Varnhagen gar nicht mehr, hatte vielmehr kurz nach dem Tode Grossherzog Karls die dringende Bitte nach Berlin gerichtet, ihn jetzt endlich als Gesandten in Karlsruhe zu beglaubigen. Er sei es ja tatsächlich längst und habe sich auch in Stuttgart eine feste Position beim König geschaffen[4]). In Berlin willfahrte man dem Wunsche des Grossherzogs gerne. Das Schreiben von dort war an Varnhagen adressiert, und, obwohl Küster damals eben noch in Karlsruhe anwesend war, brachte der Geschäftsträger, ohne dem Gesandten etwas zu sagen, dem Fürsten die Kunde davon. Der hocherfreute Grossherzog verlieh ihm eine für einen Geschäftsträger unerhörte Auszeichnung, das Grosskreuz des Zähringer Löwenordens[5]). Dies erregte

---

[1]) Ber. v. 12. Mai 1819, vgl. dazu auch Küsters Bericht in Beilage 1 über Berstetts Neigung für Österreich. — [2]) Ber. v. 19. und 21. April 1819. — [3]) Weisung aus Berlin vom 16. Februar 1819. — [4]) 18. Dezember 1818. A. A. — [5]) Ber. über die Verleihung an den Grossherzog laut Bemerkung auf V.s Ber. vom 30. Januar 1819 in besonderem mir nicht zugänglichen Aktenstück. V. S. Bernstorff. 30. Januar 1819. Die Darstellung Küsters über das nach seiner Ansicht nicht korrekte Verhalten V.s 16. Februar. A. A. Der Anlass zur Verleihung des Grosskreuzes an diesen sei die Erfüllung des grossherzoglichen

nicht nur am badischen Hofe allgemeines Aufsehen. Varnhagen war überglücklich. Er hatte am 1. Februar Bernstorff gegenüber seiner Enttäuschung über die weitere Unterstellung unter Küster Ausdruck gegeben und unter masslosem Selbstlob sich beklagt, dass sein Gehalt nicht erhöht und er bei den Ordensverleihungen übergangen worden sei[1]). Nun war er getröstet. »Der Grossherzog von Baden«, schrieb er an Ölsner, »hat mir das Grosskreuz des Zähringer Ordens verliehen. Es war mir sehr angenehm, in der ganzen Christenheit gilt ein Stern mit grossem Bande; und von diesem sagt man allgemein, dass ich ihn verdient habe«[2]). Lindner schrieb ihm etwas bittersüss: »Sie wissen, dass Ihre Freuden meine angenehmen Ereignisse sind; darum lobe ich den Fürsten, welcher das Verdienst anerkennt und begreift, wie durch dieses allein die Valuta seiner Bänder besser werden kann. Auch nehme ich es als Trost zu wissen, dass dem Kreise der Verschworenen gegen die Menschheit ein kluger edler Mann, in ihre Uniform verkleidet, näher treten und manches Böse verhindern, wenigstens kontrollieren kann«; und später »Über die Orden sind wir ganz einig: Das Geld ist auch nur schlechtes Metall, doch verachtet es kein kluger Mann und viel Gutes kann dadurch gestiftet werden. Also haben Sie nicht nur vom Könige, sondern auch von mir die Erlaubnis, das Grosskreuz anzunehmen«[3]). Stägemann gratuliert, dass er für die Küsterias nun wenigstens einigermassen entschädigt sei[4]). Für Küster aber war dies denn doch zu viel. Zum erstenmal schrieb er wirklich bitter an den Untergebenen selbst: »Ich kann Ihnen persönlich zu dieser Auszeichnung nur Glück wünschen, da Ihnen dieselbe allerdings sehr wert und angenehm sein muss. Wenn hiebei ein Rückblick

---

Wunsches. Doch gesteht er zu, dass V. das Glück hatte, »als Ratgeber und Hauptarbeiter Tettenborns in der kritischsten Epoche Badens sehr wirksam zu sein«. Dass ihm schon Grossherzog Karl diesen Orden zugedacht hatte, erzählt V. in den Denkwürdigkeiten. Dem erstaunten Küster hatte der Eitle nach gelungener Tat selbst von seinem eigenmächtigen Eintreten für Baden erzählt.

[1]) A. A. — [2]) 12. März 1819. Vgl. dazu das Verhalten von Redens nach den Denkwürdigkeiten. — [3]) V. S. Lindner. 7. und 19. März. — [4]) V. S. Stägemann. 24. Februar. V. hatte auf Stägemanns Mitteilung hin damals gehofft, Küster werde als guter Büroarbeiter ins Ministerium nach Berlin berufen werden.

auf mich selber natürlich ist, so bescheide ich mich doch, hier nicht weiter in ihn einzugehen«. Dann folgt eine gereizte Auseinandersetzung über ihre Beziehungen, bei denen Varnhagen die Rolle des nur Empfangenden, er selber die des bloss Abgebenden spiele. »Kann das sonderbar gestaltete Dienstverhältnis einmal durch andere, nur ehrenvoll eintretende Verhältnisse aufgelöst werden, so würde ich dies als eine freundlichere Fügung des Schicksals, wie die in jenem Verhältnis für mich ist, gern annehmen«[1]). Das war deutlich. Nach Berlin schrieb Küster, trotz seiner Unempfindlichkeit gegen fremde Orden könne er doch diesmal nicht einfach alles hinnehmen. Er sei tatsächlich nur noch Nominalgesandter, da Varnhagen auch seine Depeschen nicht mehr über Stuttgart leite. Er müsse zum mindesten verlangen, dass ihm die Ehrengeschäfte (Notifikationen usw. an den Grossherzog) und ausserordentlich wichtige Sachen überlassen blieben, und dass während seiner Anwesenheit in Karlsruhe die Geschäfte von Varnhagen auf ihn übergingen[2]). Von Berlin wurde Varnhagen Genugtuung über seine Auszeichnung ausgesprochen[3]). Der schlaue Hennenhofer aber, der mit einem grossherzoglichen Dankschreiben dorthin geschickt wurde, berichtete in den schwärmerischsten Ausdrücken von seiner Aufnahme. Der Grossherzog zog Varnhagen am Tage nach seines Günstlings Rückkunft zur Tafel. Er hatte den schwarzen Adlerorden zur preussischen Generalsuniform angelegt und empfing den Gast mit den Worten: »Sie essen heute bei einem preussischen General«[4]).

Trotz alledem mag Varnhagen, der später übrigens meinte, die Ordensverleihung habe ihm beim Grossherzog insofern geschadet, als dieser von da ab Widerspruch des

---

[1]) V. S. Küster. 26. Februar. — [2]) An Bernstorff. 16. und 17. Februar. A. A. Entsprechend schildert V. in seinen Tagebüchern Bd. 7, S. 302, die Ordensverleihung als endgiltigen Wendepunkt seines Verhältnisses zu Küster, das aber, wie im Anfang ausgeführt, den Keim zu unheilvollen Differenzen in sich trug. — [3]) Note vom 26. Februar. — [4]) Ber. v. 15. März. »Der Grossherzog erzählte mir unter anderem, dass auch der Fürst von Blücher sich seiner Bekanntschaft freundlich erinnert und mit alter Treuherzigkeit sich das Bild des Grossherzogs und den badischen Militärorden ausgebeten habe, als welche ihm in seiner Sammlung noch fehlten, und S. K. H. fügten hinzu, dass Sie mit grossem Vergnügen den Wünschen des verehrten Feldherrn entsprechen würden.«

so hoch Ausgezeichneten als Undank angesehen habe, bei seinem regen brieflichen Verkehr mit Berlin schon damals hie und da die Empfindung gehabt haben, dass seines Gönners Hardenberg Stellung und damit auch seine Zukunft auf unsicheren Füssen ruhe. Wer weiß, ob nicht Hardenberg selber sich durch die Vielgeschäftigkeit seines Klienten ab und zu peinlich berührt fühlte[1]). Der Kampf des Fürsten Staatskanzlers, der damals über seinen Verfassungsplänen die gegen ihn ins Werk gesetzten Machenschaften grösserer und kleinerer Geister gar nicht zu bemerken schien und dessen geistige und sittliche Kräfte merklich nachliessen — dieses sich entwickelnde Schicksal des bedeutenden Staatsmannes hat Treitschke, wenn auch nicht in allem einzelnen zutreffend, hinreissend geschildert. Seit September 1817 durch Lottum im Departement des Auswärtigen vertreten, wurde er mit dem Neujahr 1819 darin endgiltig durch Bernstorff ersetzt[2]). Es braucht nur an die Kabinettsorder vom 11. Januar 1819 erinnert zu werden, die sich gegen liberale Fortschritte richtete, um zu bemerken, dass die Berichterstattung, wie sie Varnhagen im Frühjahr 1819 über die Kammertagung begann, nicht mehr günstig aufgenommen werden konnte[3]), wenn er auch noch manchen Lobspruch erntete und auch Hardenberg noch grossen Einfluss behielt, sich aber freilich sehr vor dem Scheine der Begünstigung von Männern wie Varnhagen hüten musste[4]). Sich aber zeitlebens als Opfer finsterer Reaktion hinzustellen, dazu hatte der preussische Ministerresident in Karlsruhe, wie wir sehen

---

[1]) Vgl. z. B. Denkwürdigkeiten, S. 225 und passim. — [2]) Varnhagen an Ölsner. 13. Dezember 1818: »Unser aller Verhältnisse sind dabei beteiligt, dass wir diese Verwirrung bald in sichere Gestaltung sich entwickeln sehen. Graf Bernstorff oder Herr von Humboldt — einer möge denn endlich Minister dieses Ministeriums sein«. — [3]) Stägemann will nach seinem Brief vom 19. Mai 1819 die Nachrichten V.s über die Ständeversammlung cum grano salis in der Staatszeitung bringen. Erst am 16. Juli 1819 schreibt er: »Aufrichtig gesagt will mir Ihre dortige Kammer nicht einleuchten«. — [4]) Treitschke Band II und III passim, besonders II, 488 ff., Lottums und Bernstorffs Ernennungen als Hofintrigen 453 ff., Hardenbergs und Humboldts Verfassungsentwürfe 490 ff., Hardenbergs Altern 488. V.s amtliche Berichte — die persönlichen, die er Denkwürdigkeiten, S. 9, erwähnt, kamen mir nicht zu Gesicht — gingen zuerst an Hardenberg, seit 22. September 1817 an Lottum; nach der Neuordnung der äussern Form diplomatischer Berichte vom 12. Mai 1818 waren alle an den

werden, keinen Anlass. Im Grunde war seine Abberufung ein halbes Jahr nach dem Höhepunkt seiner Karlsruher Tage, persönlich nicht unverdient, und in Stunden innerer Einkehr musste er wohl später die Haltung Hardenbergs und noch mehr des trefflichen Stägemann verstehen, der ihm an wahrem Freisinn nicht nachstand und den er doch in den Denkwürdigkeiten schnöde behandelt.

Die drei ersten Monate des Jahres 1819 waren der Vorbereitung der Kammersitzungen und den Wahlen gewidmet. Die Regierung hatte sich nun mit den neuen Tatsachen abgefunden. Berstett selbst betrachtete die neue Lage als eine Erlösung aus schwieriger Stellung. Die Standes- und Grundherren schwiegen vorerst zurückhaltend, während die Ämter und Städte ihren freudigen Gefühlen in Dankadressen Luft gemacht hatten [1]). Das Wahlgesetz wird günstig beurteilt [2]). Die Wahl der Wahlmänner geht ohne viel Einfluss der Regierung vernünftig vor sich [3]). Das Volk ist reif und verständig, »nirgends eine Spur von üblem Geiste«. Auch die ersten Abgeordnetenwahlen finden allgemeinen Beifall. Unter den Gewählten sei kein einziger, in welchem die Regierung eine vorausgefasste feindliche Entgegenstellung erkennen dürfte. Die Zahl der Staatsbeamten sei über Erwarten gross, ein Zeichen des Vertrauens, welches das Volk für die Regierung hege [4]); nur ein Advokat sei gewählt. Die unterhalb der Murg in Mannheim erkorenen Vertreter des Adels seien den 3 von der Stadt Mannheim gewählten Abgeordneten mit der Gesinnung der brüderlichsten Eintracht entgegengekommen. Liebenstein sei der bekannteste Name [5]). Es wäre wertvoll

---

König selbst zu richten (mit Ausnahme der unmittelbar nach Aachen an Hardenberg geschickten). Bernstorffs Ernennung 20. September 1818, Übernahme der Geschäfte Neujahr 1819: Bei Varnhagens Berichten im Berliner Archiv. In den gedruckten Korrespondenzen jener Zeit, z. B. in Stägemanns wertvollen Briefen an Ölsner, spiegeln sich die Dinge, die hier berührt werden mussten, sehr lebensvoll ab.

[1]) Ber. v. 7. Dezember 1818. — [2]) Ber. v. 29. Dezember. Auch dieses schreibt Varnhagen Reitzenstein zu. — [3]) Ber. v. 1. Februar 1819. — [4]) Und ein Beweis mehr, können wir hinzufügen, gegen das auch von Treitschke übertriebene Schelten auf das Paschatum der rheinbündischen Bürokratie. — [5]) Ber. v. 16. Februar.

gewesen, »die Stimmung der Abgeordneten in ihrer ersten Unbefangenheit kennen zu lernen«. Varnhagen spricht sich deshalb unzufrieden über die Hinausschiebung der Kammereröffnung aus, die freilich durch rückständige Arbeiten der Regierung, besonders in der Bearbeitung der Budgetfragen durch Staatsrat Fischer, notwendig geworden sei. Nur dem guten Geist, der unter den Abgeordneten herrsche, sei es zu danken, dass sich trotzdem noch keine Parteien herausgebildet hätten; eine Opposition sei höchstens von einem Teil des Adels zu erwarten. Gerade in der Budgetfrage, meint er, seien weniger Widerstände zu erwarten, wenn man die Abgeordneten ganz offen mit den Schwierigkeiten und dem traurigen Zustand bekannt mache, als wenn man »sie durch vorgehaltenen Anschein abzufinden versuchen« wolle [1]).

Nach der feierlichen Eröffnung der Kammern, bei der Varnhagen von einem »zur begeistertsten Ergriffenheit gesteigerten Eindruck« spricht [2]), fehlte Varnhagen fast in keiner Sitzung. Er war mit dem Württemberger Wächter, wie er sagt, einer der wenigen Diplomaten, die den vielfach nicht dialektfreien Reden vollständig folgen konnten, und bildete das Orakel der Kollegen, die den Verhandlungen auch sachlich oft nicht nachzukommen imstande waren. Was er nach Berlin berichtete, das ist in den Protokollen der Versammlung vielfach besser zu finden und deshalb nicht der Wiedergabe wert. Aber er sah vieles mit anderem, teils freierem, teils befangenerem Blick als seine Karlsruher Kollegen, die den Frühlingswind, der damals zweifellos durch einen Teil des badischen Volks ging, nicht so fühlten wie er. Ein tiefes Ein-

---

[1]) Ber. v. 19. Februar und 1.—31. März. — [2]) Von der Rede des Grossherzogs berichtet er unterm 24. April: »Der Grossherzog sprach die Rede frei ohne Beihilfe einer Schrift, laut und kraftvoll mit herrscherlicher Würde und Strenge und zugleich so durchdrungen und bewegt, mit dem Ausdruck so redlicher Wahrheit und Herzlichkeit, dass niemand unergriffen bleiben konnte und in allen Gemütern die sichtbarste Bewegung den landesväterlichen Äusserungen antworten musste. Ich fürchte, durch jede Schilderung den wahren und schönen Inhalt dieser imposanten Momente nur immer allzu schwach zu bezeichnen. . . . Unter den Ständemitgliedern und Zuschauern weinten viele und doch war der Ton der Rede zugleich der des strengsten Ernstes«. . . . Die Einleitungsrede des Herrn von Berstett fand nach V. weniger den Beifall des Publikums.

gehen in die Tatsachen und trockenen Grundlagen der Geschehnisse und auftretenden Fragen war ja hier wie sonst nicht seine Sache. Zuerst suchte er zum mindesten den Rahm abzuschöpfen. So beschränkt sich diese kurze Übersicht über seine damaligen amtlichen Depeschen auf die Wiedergabe einiger Stimmungsbilder und Urteile über Dinge und Persönlichkeiten und auf das, was über seinen vielbesprochenen Abgang aus Karlsruhe sich feststellen liess. Das Entzücken, das aus den Berichten des treuen Kammerbesuchers [1]) spricht, ist trotz Treitschkes Spott und trotz Varnhagens Überschätznng der Tragweite einstimmig angenommener Motionen [2]) nicht unverständlich, wenn es auch zweifellos nicht klug war, sich so unbedingt auf die Güte der Abgeordneten und die Schlechtigkeit der Regierung festzulegen. Recht zweifelhaft ist, dass Varnhagen, wie es die Denkwürdigkeiten schildern, damals davon durchdrungen war, wie allein er in Berlin mit seinen Ansichten stehe und dass er seine ganze Zukunft aufs Spiel setzte. Es war doch wohl weniger entsagende Gewissenhaftigkeit der Überzeugung im Spiel, als Mangel an Augenmass und die Befriedigung, den König und dessen Umgebung zu belehren. Als nüchternes Gegenstück mögen hier die Worte des Freiherrn von Gemmingen über die Pflichten des Ritters als Volksvertreter einen Platz finden: »Kein hitziges oder auch nur planmässiges Betreiben, in einem Menschenalter oder vollends gar in einem Zuge alles zu vollenden, aber überall ein fester Sinn, der sich selbst gewiss ist, dass, was er heute nicht vollenden kann, morgen vollendet werden wird [3]).

So schildern denn die amtlichen Depeschen Varnhagens, dessen Gattin Rahel die Eröffnungssitzung begeistert mit-

1) Rahel war unterdessen längere Zeit in Baden-Baden. Unterm 19. Mai schreibt ihr der berüchtigte Baron von Ende: »Lassen Sie die langweiligen Landstände im Stich, ich versichere Sie, ein Rotkelchen im Nussbaum neben mir hat liebliche Töne als der Gastwirt Knapp, dem die seinigen ohnehin einstudiert werden. Will Ihr Herr Gemahl nicht mit, so verlassen Sie ihn böslich«. —

2) Er meint unterm 19. Mai, die Zahl der Anträge und Petitionen sei nicht übermässig und es sei keine ganz unbedeutende und ungehörige darunter. Er nennt fast alle eingebrachten. Der Antrag des Abgeordneten von Lotzbeck betr. freien Handel und die Rede Liebensteins dazu werden »ohne Zweifel in ganz Deutschland mannigfaches Aufsehen erregen«. — 3) Meerwarth a. a. O., S. 15.

erlebt hatte[1]), mit Vorliebe den guten Geist, der in den Kammern herrschte. Nach Berlin, woher er in den letzten Monaten seiner Karlsruher Tätigkeit keinerlei Weisungen mehr empfing, hatte er Grund, diesen zu betonen. Hatte ihm doch auch ein Mann wie Stägemann von dort, wo man die Wärme des süddeutschen Frühlings nicht spüren konnte, geschrieben, er solle nur dafür sorgen, dass aus der badischen Ständeversammlung etwas Richtiges werde. Die bisherigen Erfahrungen mit solchen seien für Preussen nicht sehr ermutigend gewesen. »Ungeachtet der höchst aufregenden Gegenstände«, die zur Sprache gekommen, meldet er am 5. Mai, »zeigte sich unter den Abgeordneten nur wenig Parteigeist und die ruhige gesetzliche Haltung der Kammer erschien ungestört. Die Mitglieder bezeigen weniger Ehrgeiz des Talents als ruhigen Sacheifer, und in ungeübter Sprache, aber mit gutem Vertrauen legt manch schlichter Mann verständig seine Meinung vor, der an öffentliches Auftreten zuvor vielleicht nie gedacht hat«[2]). »Von eigentlich beunruhigendem Geiste zeigt sich unter den Abgeordneten keine Spur. . . Man bemerkt, dass die Abgeordneten von Lahr und der Gegend sich durch Talent und Freisinn besonders auszeichnen und auch meistens zusammenhalten, so dass sie, besonders da der Freiherr von Liebenstein an ihrer Spitze steht, den Kern der Kammer bilden. Mehrere Staatsbeamte schliessen sich ihm am nächsten an«. »Die Verschiedenheit der Beurteilung im hiesigen Ministerium über den Gang der ständischen Sachen tritt immer deut-

[1]) Rahel schreibt unter anderem am 27. April an Ölsner über diese: »Endlich erlebt ich allgemeine Hoffnung, wie ich Krieg, Einmarsch, Druck, Schreck, Armut als allgemeinen Schlag erlebt hatte. Und wahrlich, Persönlichkeit schwand, ich war es zufrieden, das Glück verfehlt zu haben in meinem Leben, und schaute freudig und einmal keck wie Glückliche der Sonne entgegen«. — [2]) Dass die mangelnde Übung in der Kunst des freien Vertrags hinsichtlich der durch die Verfassung geforderten Mündlichkeit der Vorträge Nachsicht nötig mache, schreibt V. am 19. Mai. Ebenda meint er mit Recht, es sei die Ungewohntheit öffentlichen Lebens, die manchmal zuerst Schreckgespenster sehen liess. Es sei so grundlos als schädlich, von Jakobinern und Revolutionären zu reden oder von Gefahren des Thrones ein Geschrei zu erheben und mit auswärtigem Beistande drohen zu wollen. Die in Stuttgart grosse Besorgnisse erregenden Berichte des württembergischen Gesandten Grafen Galatin hätten sich bereits als »unkundige Träume« erwiesen.

licher hervor. Der Herr Minister von Berstett sieht die Dinge sehr düster an und verhehlt nicht, dass er alle Lust dazu verloren habe[1]). Der Herr Minister von Fischer, ohne gerade eine besondere Vorliebe, wie früher Herr von Berstett, für die Sache zu haben, glaubt dem guten Geiste der Ständeversammlung ruhig vertrauen zu können. Vor einigen Tagen befanden sich beide Minister beim Grossherzoge. Die Rede war von den Ständen. Jeder äusserte seine Ansicht, Herr von Berstett die seinige mit den schwärzesten Farben. Von Herr von Fischer gefragt, was er denn eigentlich Böses nennen könne, das sich den bisherigen Verhandlungen vorwerfen liesse, gab er die Frage zurück, was sich denn bisher Gutes anführen liesse. Herr von F. erwiderte, dies sei nicht schwer und stellte drei Punkte auf, in welchen der gute Geist der Stände unverkennbar erschienen sei; die Aufforderung, drei solche Punkte im Schlimmen gegenüberzustellen, musste Herr von B. unerfüllt lassen. Der Grossherzog war mit dem Ausgang der Sache, wie mir ein Augenzeuge der Sache erzählt, höchst zufrieden«. »Bei der Wahrhaftigkeit und Aufrichtigkeit der Gesinnung, welche der Grossherzog für die Ausführung der Verfassung und für die freie Wirksamkeit der Stände bewiesen hat, finden viele Umtriebe, die wohl von manchen Seiten versucht werden möchten und grosse Störungen bereiten könnten, keinen Spielraum und das Misstrauen wenig Eingang; die missfälligen Äusserungen weniger hoher Staatsbeamter und Militärpersonen über das ganze Ständewesen werden mehr der persönlichen Denkart der einzelnen als dem Sinne der Regierung zugerechnet«[2]). Eine schwerere Probe hatte der von Varnhagen gerühmte »rasch wachsende Sinn für parlamentarische Beratungsform in der jungen Versammlung« freilich noch nicht zu bestehen gehabt. Es war bisher nur ein Vorspiel der Kämpfe um das Adelsedikt und das Budget gewesen. Das in späteren Jahren noch stärker, aber auch

---

[1]) Varnhagen spricht hier, was auch sonst gesagt wurde, aus, dass Berstett den endgültigen Abschluss mit Baiern zu beschleunigen gewünscht habe, um von den dankbaren Ständen eine Dotation zu erhalten. Diese Hoffnung sei ihm jetzt durch den Unwillen, den er durch das Adelsedikt erregt habe, geschwunden, und darüber sei er erbost. — [2]) Ber. v. 5. Mai.

jetzt schon von Varnhagen oft ausgesprochene Urteil, dass es der Regierung bei »etwas mehr Geschick und weniger Hoffahrt« — er nennt das Beispiel des Kriegsministers von Schäffer — möglich gewesen wäre, mit den Ständen zu arbeiten, bleibt doch wohl richtig.

Die Verhandlungen mit den Standes- und Grundherren hatte der preussische Geschäftsträger vom Beginne seines Karlsruher Aufenthaltes an mit Aufmerksamkeit verfolgt. Er hatte die zunehmende Verstimmung gegen die ersteren einberichtet, und ihre Aufhetzung durch Baiern war ihm nicht entgangen. Er hatte ihre Lage in Baden und Baiern miteinander verglichen [1]) und die ihretwegen mit Württemberg eingetretene Verstimmung nicht übersehen [2]). Er meldet die Gewinnung des Fürstenbergers als Erfolg der badischen Regierung und lässt nicht unbemerkt, dass dieser zeitweise wieder störrig war und nicht im Landtage erscheinen werde, wie selbst die Markgrafen von Hochberg. Zu seiner Popularität trage das nicht bei [3]). Er hat ein Gespräch mit dem Grossherzog, der zu ihm äussert, dass man vorher, ehe die Stände versammelt seien, noch mit der Hälfte der Arbeit zu tun vermöge, was nachher durch verdoppelte Anstrengung nicht mehr erreicht zu werden vermöchte [4]). Er befürchtet mit der badischen Regierung Umtriebe des Adels vor und nach der Eröffnung der Ständeversammlung, denen die erstere durch das Edikt, die standes- und grundherrlichen Verhältnisse im Grossherzogtum Baden betr., zuvorkommen wolle [5]). Von der ungünstigen Wirkung, die dieses am Tage des Zusammentritts der Landstände veröffentlichte Edikt sogleich auf die zweite Kammer ausübte, hatte er gleich nach dem Festrausche der Eröffnung zu erzählen. Er erkennt die ungeschickte Redaktion mancher Paragraphen und die falsche Wahl des Zeitpunktes, die freilich grossenteils noch auf das Schuldkonto der früheren Regierung fällt, als den eigentlichen Anlass zu Konflikten [6]). Der Grossherzog,

[1]) Ber. v. 30. April, 25. und 29. Juni 1818. — [2]) Ber. v. 10. Januar und 6. Februar 1819. — [3]) Ber. v. 29. Januar, 22. Februar und 1. März 1819. — [4]) Ber. v. 1. März. — [5]) Ber. v. 12. April. — [6]) Beilage 3. Die dort ausgewählten Stücke zeigen Varnhagens Anschauungen und seine Absicht, auf die Dinge in Berlin einzuwirken, besonders deutlich.

so fügt Varnhagen am 2. Mai an, sei wegen dieser Fehler auf Berstett nicht gut zu sprechen, doch entziehe er ihm seine Gunst nicht, da er ihm in betreff der auswärtigen Angelegenheiten ausgezeichneten Dank schuldig zu sein glaube. Das Ansehen Berstetts aber sei dadurch ausserordentlich zusammengesunken, einmütig lehne die Kammer das Edikt ab — eine Stellungnahme, die übrigens uns Nachlebenden mehr als natürlich erscheint und im Augenblick für eine geschickte Regierung nicht unbedingt gefährlich war, da ja, wie Varnhagen anmerkt, die erste Kammer und der Grossherzog noch ein Wort mitzusprechen hatten. Zum Glück hebe, sagt Varnhagen, die geplante Gemeindeverfassung die unangenehmsten Punkte des Adelsediktes wieder auf[1]). »Merkwürdig war — so schreibt er von dem Vortrage Winters über die Gemeindeverfassung — besonders ein Hinblick auf die dunkle Sehnsucht mancher Unzufriedenen nach den Einrichtungen des Mittelalters und der daher fliessenden Erinnerungen, welche aus der Kindheit staatsgesellschaftlicher Bildung stammend in neueren Zeiten nicht mehr bestehen könnten, und gegen welche, als einen politischen Mysticismus, der nicht minder nachteilig und verkehrt sei als der religiöse, ernstlich gewarnt werden müsse. Da dieser Vortrag im Namen der Regierung geschah, so konnte man diesen selbst als ein Einlenken von den Grundsätzen betrachten, die in dem Standes- und Grundherrlichkeitsedikt befolgt worden sind und im Publikum so allgemein Missfallen erregt haben«[2]). Das letztere war freilich eine Täuschung des Geschäftsträgers; er bemerkt schon bei Winters Antrag zur Verbesserung des Edikts über die Rechtsverhältnisse der Staatsdiener, dass »der Geh. Referendär hier der Unabhängigkeit des Abgeordneten keinen Eintrag tut«[3]). Und dann kam der grosse Tag, den Varnhagen immer als einen seiner schönsten bezeichnete, an dem der Abgeordnete ganz über den Regierungsvertreter zu triumphieren schien; wir sagen heute wohl besser der volkstümliche Anhänger der Dynastie und der selbständige Verfechter absoluter Staatsgewalt über den Beamten der älteren Schule, der seine selbständige

---

1) Ber. v. 2. Mai. — 2) Ber. v. 12. Mai. — 3) Ebenda.

Überzeugung dem Befehle der Vorgesetzten schliesslich geopfert hätte oder abgegangen wäre. Das Bedenklichste dabei, das Treitschke mit vollem Rechte hervorhebt, die Nichtachtung des Bundestags, wird wenigstens gemildert, wenn man die ungute Behandlung dieser Fragen durch die badische Regierung in den Jahren seither kennt und bedenkt, dass die Regierung, die sich jetzt hinter die Bundesversammlung verschanzte, behauptet hatte, die 1818 erfolgte Regelung entspreche durchaus den Forderungen der Bundesakte. Berstett erlebte denn sogar in der ersten Kammer nach Varnhagen eine Niederlage. Er sprach dort von der Einheit aller Deutschen und der Würde des Bundestags[1]). »Er hatte keine sonderliche Wirkung«. Man glaubte ihn auf dem Wege Wangenheims. »Nur hegt man zu S. K. H. dem Grossherzog die beruhigende Zuversicht, dass das Ansehen der Regierung so leicht nicht zur blossen Waffe der Persönlichkeit werde dienen dürfen«[2]). Das war denn doch ein unkluges und übertreibendes Wort. Für die Grundherren selbst aber, so meint Varnhagen sagen zu dürfen, wäre die doppelte Belastung mit staatlichen und grundherrlichen Auflagen einfach lebensgefährlich[3]). Bemerkenswert ist, dass auch Küster, freilich nicht in einer amtlichen Depesche, sondern im Privatbrief an Varnhagen, die ihm von Varnhagen übersandte »so gehaltvolle Rede« des Geh. Referendärs Winter rühmt. Er schreibt: »Gewiss wird dieselbe durch Gegenstand, Logik und Diktion überall in Deutschland Aufmerksamkeit erregen. Ich gestehe bei dem Anlass überhaupt, dass mir aus der badischen Ständeversammlung nach Verhältnis der kurzen Zeit und der minderen Anlässe aus einem kleinen Territorium weit mehr Gediegenes und zwar nicht so multa, aber mehr multum als aus der bairischen Ständeversammlung bis jetzt hervorgegangen zu sein scheint«[4]). Wie unbefangen aber Varnhagen selbst nach Berlin schreiben konnte, zeigen seine Ausführungen über den Freiherrn von Türckheim, einen der besten Ver-

---

[1]) Von ihm ist sonst in Varnhagens Berichten hierüber kaum die Rede. Seine anfängliche Hoffnung auf ihn als »Band der Einheit der Nation« war geschwunden. — [2]) Ber. v. 9., 12. und 18. Juni. — [3]) Ber. v. 12. Juni. — [4]) V. S. Küster. 18. Juni.

treter der ersten Kammer[1]). Noch mehr als seine Depeschen sind jedoch seine Briefe aus jener Zeit von innerem Hochgefühl geschwellt über das, was er erlebte. »Das Herz hüpft vor Freuden«, schreibt er in jenen Tagen an Ölsner, »unsere Deutschen so rüstig und gewandt im neuen Leben zu sehen. Die Nation lernt sich erst jetzt näher kennen, diese Öffentlichkeit ist ein unschätzbarer Gewinn«[2]). Und seine Freunde empfanden wie er. Lindner schrieb aus Stuttgart: »Die Badener sind um ein Jahrhundert weiter als die hiesigen Stände«[3]), und der Badener Friederich urteilte 3 Jahre später von eben dorther, es sei dort »mehr Bürgertum in den höchsten Stellen und mehr selbständiges Gepräge in dem konstitutionellen Leben, wenn auch weit weniger parlamentarisches Talent, als bei uns, und weniger Gewandheit«[4]).

»Nach dem mächtigen Pathos dieser Zukunftsdebatten, bei denen Varnhagen immer die Hand mit im Spiel hatte, erschien die pedantische Kleinmeisterei der Budgetberatung hochergötzlich« — mit diesen Worten spricht Treitschke[5])

---

[1]) Ber. v. 3. Juni . . . »Freiherr von Türckheim gehört derjenigen politischen Richtung an, welche Deutschlands Einheit als das wünschenswerteste Ziel betrachtet und daher jede dahin führende Richtung fördert; ja die Erreichung dieses Zieles sogar mit dem Verluste aller aristokratischen, ihm sonst sehr teuren Vorrechte und Vorzüge nicht zu teuer erkauft glaubt. Die Gesinnung ist ziemlich unverholen in einem zur Verteidigung des neuesten Adelsedikts geschriebenen Aufsatze ausgesprochen. Die Verteidigung der Stellung des Adels ist vorzüglich auf die Ähnlichkeit des Verhältnisses, worin die deutschen Landesfürsten stehen sollen, gegründet, welche letztere in Beziehung auf ganz Deutschland nur noch als eine Art Edelleute, den übrigen an Recht und Interessen gleich, dargestellt werden, gegen welche bei Auferstehen eines neuen Kaisers die bisherigen Untertanen ihrer bisherigen Pflicht entledigt sein werden. Dieser trotz aller Verwahrungen und begütigenden Einlenkungen in dem Aufsatz deutlich liegende Sinn ist vielleicht mehr revolutionär, als vieles, was bisher vorzugsweise so benannt worden; allein man scheint einstweilen nur das darin bemerken zu wollen, was die Verteidigung des Adels betrifft, und das gegen die Fürsten darin enthaltene zu übersehen.« Im übrigen bieten V. die Sitzungen der ersten Kammer »minder ergiebigen Stoff dar, als die der zweiten«. Der Antrag Rotteck betr. den Zugang zu den Universitätsstudien und die scharfe Überwachung der Verwendung von Regierungsgeldern (Antrag Türckheim vom 19. Mai) scheinen ihm zu beweisen, dass erste Kammer und Adlige die Popularität der zweiten Kammer nicht allein überlassen wollen (Ber. v. 19. Mai). — [2]) 11. Juni. — [3]) 16. September 1819. — [4]) V. S. Friederich. 1. Oktober 1822. — [5]) II. 513.

ähnliches aus, was auch Varnhagen dachte und nicht verhehlte. Er hatte besonders im Anfang seiner Karlsruher Tätigkeit von den Finanznöten der Regierung und der nicht einwandfreien Verwendung mancher Gelder gesprochen, aber hier wie später ohne näheres Eingehen auf die schwierigen Einzelheiten [1]). Er hatte beim Zusammentritt der Kammern und schon vorher bemerkt, dass hier ein besonders ergiebiger Stoff zu Explosionen sei. Die Verschleierung des Defizits in der Budgetvorlage nannte er am 12. Mai doch eine glückliche Massregel. Die massvolle Haltung der zweiten Kammer gegenüber dem Antrag der Regierung, ein Budgetprovisorium zu genehmigen, gibt ihm Anlass, die Haltung der Volksvertreter und insbesondere Liebensteins erneut zu loben [2]). Übelwollende suchten höheren Orts Misstrauen zu erregen, als verzögere die Kammer die vorläufige Genehmigung, um ihre anderweitigen Arbeiten vorzuschieben. Die Schwierigkeiten in der Budgetkommission steigen im Juni, besonders da das Ministerium gespalten sei [3]). »Es ist sehr aufgefallen, dass« der Antrag eines der Regierung zu erteilenden Kreditoriums von 3 500 000 fl., »der in der zweiten Kammer im Vertrauen zu der Regierung sogleich durchging, bei der ersten Kammer noch nicht angenommen, sondern an eine Kommission zur Prüfung und Berichterstattung gewiesen wurde. Die vertrauensvolle Bereitwilligkeit der zweiten

---

[1]) Ber. v. 9., 19. und 30. September 1816. — [2]) »Die meiste Aufmerksamkeit erregte aber eine Eröffnung der grossherzoglichen Regierung, welche durch den Geh. Referendär Boeckh die Kammer auffordern liess, das vorgelegte Budget, um bei dem nahen Anfange des neuen Regierungsjahres am 1. Juni jede Stockung zu verhüten, provisorisch zu bewilligen. Die Kammer schien von dem Begehren äusserst überrascht, das einen sichtbar unangenehmen Eindruck machte und allerlei Zweifel weckte; allein Herr von Liebenstein erhob sich zugunsten desselben, erklärte darin ein Vertrauen der Regierung zu sehen, welches die Kammer dankbar erwidern müsse, und unter Voraussetzung, dass es nicht die Absicht sein könne, die Ständeversammlung nach dieser Bewilligung aufzulösen, trug er darauf an, dass das gestellte Begehren an die Abteilungen zur Beratung gegeben werde, welches nach einigen vorläufigen Anfragen, die der Geh. Referendär Boeckh beruhigend beantwortete, allgemein angenommen wurde. Das Benehmen der Kammer in dieser Gelegenheit und insbesondere das des Herrn von Liebenstein sind ein gültiges Zeugnis wider die falschen Vorstellungen, die man über ihren Geist und ihre Stimmung verbreitet haben möchte«. — [3]) Ber. v. 30. Juni.

Kammer ist auch schon in öffentlichen Blättern getadelt worden, und es scheint die frühere Behauptung, dass die erste Kammer bei dem Budget schwierig sein würde und sich populär machen wolle, hierin bestätigt zu werden«[1]). Varnhagen wurde es doch etwas unbehaglich zu Mute, wenn er die sich verschärfenden Verhandlungen des Sommers beobachtete. Die Darstellung seiner Denkwürdigkeiten erweckt den Anschein, als ob er mit Abgeordneten nur ganz gelegentlich verkehrt habe. Seine Briefe an Rahel, die damals, wie bemerkt, wieder in Baden-Baden war, beweisen das Gegenteil. Der Strohwitwer verkehrte zum mindesten von Ende Juni bis zu seiner Abberufung öfter im Museum bei den Abgeordneten. Ja er empfing Liebenstein in seiner Wohnung und begleitete ihn und andere vom Museum nach Hause[2]).

Liebenstein war Varnhagens Lieblingsheld[3]). Man kann ermessen, welchen Eindruck es in Berlin machte, wenn man dort des Karlsruher Geschäftsträgers Berichte mit dem verglich, was man sonst über ihn hören mochte. Es klang doch kürzer und bestimmter, wenn Schoultz-Ascheraden bald nachher von ihm als célèbre démagogue sprach, ohne dies weiter zu begründen[4]). Varnhagen sprach in seinen Depeschen nie anders als in Ausdrücken höchsten Lobes von ihm[5]). »Er scheint durch Charakter, Kopf und Talent vor allen andern bestimmt, die Kammer zu leiten. Mut und Stärke sprechen schon aus seinem Äussern, seine klare Ideenentwicklung wird durch gedrungenen Ausdruck und kalte Besonnenheit gehoben«[6]). »Herr von Liebenstein, welcher die Anträge wegen der Trennung der Gerichtspflege von der Verwaltung und wegen der Ablösung der Fronden gemacht hatte, hielt zur Begründung dieser Anträge und zur

[1]) Ber. v. 24. Juni. Merkwürdig, dass V. gerade diesen Beweggrund zuerst argwöhnte! — [2]) Denkwürdigkeiten S. 549, 553, 570 ff. Er gibt dort zu, dass sein erstes zufälliges Zusammentreffen mit Liebenstein in Ettlingen und die Begrüssung Winters nach dessen Rede, die zur Umarmung aufgebauscht wurde, ihm schon Nachreden eintrug. — [3]) Vgl. über ihn Fr. Schnabel, Ludwig von Liebenstein und der politische Geist vom Rheinbund bis zur Restauration. Diese Zs. N.F. 30 (1915). — [4]) Dessen Ber. v. 4. März 1820. — [5]) Vgl. auch die Charakteristik in den Denkwürdigkeiten IX, 522 ff. und das Gedicht V.s auf Liebenstein in Bd. VI, 407. — [6]) Ber. v. 28. April 1819.

Unterstützung eines damit verwandten über öffentliches Gerichtsverfahren die ersten förmlichen Reden in der Kammer, denen dieser Name im ausgezeichneten Sinne zukommt. Die Stärke seiner Gründe, die Gedrungenheit seines Ausdrucks und die Schärfe seiner Bemerkungen brachten eine allgemeine Bewegung unter den Zuhörern hervor und erhöhten die Stimmung« für die Beratung über die Nichtvollziehung des Standes- und Grundherrlichkeitsedikts[1]. »Liebenstein hatte das Verdienst, die leicht abschweifende und sich verwickelnde Diskussion mehrmals auf den richtigen Weg und in ihre einfache Stellung zurückzuführen«[2]. Am 6. Juni rühmt er seinen Anstand, auch den Gegner ruhig und achtungsvoll zu hören, was freilich leichter sei, »da an eine eigentliche Partei in der Kammer nicht zu denken ist, und die Verschiedenheit der Ansichten noch zurzeit ohne Gehässigkeit besteht«. Auch Liebensteins nationalen und liberalen Hinweis auf die Feier der Leipziger Schlacht bei Gelegenheit des von ihm bekämpften Antrags auf obligate Feier des Regenten- und Verfassungsfestes am 25. August erlässt er den Berliner Ohren nicht: Die Begeisterung für das einst aus freien Stücken Gefeierte habe schon in dem Maße abgenommen, »als die Hoffnungen, die man an diesen Sieg geknüpft, sich verloren hätten«; an vielen Orten hätten die Feiern schon ganz aufgehört[3]. Am 1. Mai hatte er Liebensteins persönliche Bekanntschaft gemacht und in dem bedeutenden Politiker auch einen ausgezeichneten Mann gefunden[4]. Der Brief, den Liebenstein nach Schluss der Sitzungen an Varnhagen richtete, ist ein Zeichen, wie gern auch er an seine Beziehungen zu diesem zurückdachte[5].

Von anderen Kammermitgliedern, auch von Rotteck[6], erfahren wir wenig. Er nennt ihn in den Denkwürdigkeiten

---

[1]) Ber. v. 5. Mai. — [2]) Ber. v. 3. Juni. — [3]) Ebenda. — [4]) V. S. Tettenborn. 1. Mai 1819. — [5]) Beilage 4. — [6]) Ein Brief Rottecks aus dem Jahre 1824 spricht von Beziehungen in der Karlsruher Zeit: »Wie oft, Hochverehrtester und Teurer«, schreibt er, »gedenk ich in stiller Einsamkeit und im Kreise der wenigen edlen Freunde, deren Umgang ich mich erfreue, Ihrer als desjenigen, den ich aus innerster Seele verehre und liebe, dessen Erscheinung mich beim Eintritt in eine neue dornenvolle Bahn ganz vorzüglich ermutiget, gelenkt, befestiget, belohnt hat« usw. in der etwas überschwänglichen Art Rotteckschen Briefstiles (V. S. Rotteck. 1. Mai 1824).

einen »verlorenen Sendling unter störrigen Heiden«, während Küster die Sache genau umdreht und von dem guten Geiste der ersten Kammer spricht »excepté peut-être un seul individu le professeur Rotteck de Fribourg connu pour ses principes démocratiques«. Von Thibaut sagt V. in seinen Notizen: »In der badischen Ständeversammlung spielte er eine schlechte Rolle, eine unfreie, unreine, sophistische«. Er meint von ihm, die Öffentlichkeit der Verhandlungen habe in der ersten Kammer, wie allgemein nicht unbemerkt geblieben, »die Äusserungen mancher Mitglieder liberaler gemacht, als man nach den bekannten Parteimeinungen hätte erwarten wollen«[1]. Mit zwei anderen hervorragenden Männern fasst er Thibaut schliesslich unter das Urteil zusammen: »Der Herr Geh. Hofrat Thibaut entwickelt nicht die praktische Gewandtheit, die man von ihm erwartet hatte, dasselbe gilt zum Teil von Herrn von Wessenberg und im höchsten Grade von dem Herrn Prälaten Hebel«[2]. Duttlingers feurige Beredsamkeit und seine sensationelle Selbstvorstellung als Leibeigener unterliess er nicht zu melden. Von Regierungsmännern lobt er Boeckh besonders. Friederich, »der politische Freund«[3], dem er in seinen Berichten übertriebenes Lob spendet, war meist abwesend, ebenso wie Tettenborn damals schon in Wien Gesandter war. Dieser fehlte dem anhänglichen Adjutanten sehr. Vielleicht hätte er ihm geglaubt, was er der mahnenden Rahel nicht glaubte, die am Tage der Abberufung an den Gatten schrieb: »Mir ists nicht unerwartet, ich weiss, was sie vertragen können, was nicht, und ermahnte oft«.

Varnhagen war in den heissen Tagen am Anfang Juli wie gesagt in unruhiger Stimmung. Am 6. Juli schreibt er

---

1) Ber. v. 9. Juni. — 2) Ber. v. 9. Juli. Über Wessenberg bringt V. eigentlich nichts neues bei. Hübsch ist folgendes aus einem Brief an Rahel vom 2. Juli 1819: »Gestern mittag speisten wir [Bentheim und V.] bei H. v. Berstett, ich sass zwischen Bentheim und Wessenberg, mit letzterem in starkem bitteren Zank wegen Sittengerichten, wo ganz der Pfaff herauskam, der unsere protestantischen Universitäten wegen zu grosser Freiheit verurteilt und dagegen klösterliche Zucht vortrefflich findet. Ich sagte ihm zuletzt, ich sehe nun, dass der Papst ganz recht gegen ihn habe, mit solchen Gesinnungen dürfe man nicht anders als unterworfen sein. Wir lachten übrigens, aber der Ernst lag tief dahinter«. — 3) So an Rahel, die ihn anfangs nicht leiden mochte.

von einem Gespräch mit dem Grossherzog, dem er gern andere Ansichten beibringen möchte, aber »ein gewisser Mann«, der alles noch sehr verwirre, wirke sehr und fast allein. Am gleichen Tag besucht ihn Liebenstein: »Wir sprachen viel Ernsthaftes, er über die Stände, ihren Gehalt, Zweck, Bestand, sowie über die Gruppen und einzelne darin mit grosser Umsicht und Gescheutheit. Die Dinge müssen sich abspinnen, wie sie aufgewickelt sind, was kommen soll, wird kommen! Der Unverstand und die Dummheit sind der Geschichte ebenso wert, wie Genie und Klugheit«[1]). Am 9. beunruhigt er sich über Küsters Anwesenheit: »Will er den Hof pflegen, die Stände prüfen, den Kronprinzen erwarten? Mir ist alles recht, nur unbequem. Er war gestern mit mir in der Sitzung der zweiten Kammer und ganz hingezogen, aber gleich darauf bedenklich und stutzig; sie werden ihm schon helfen und die rechte Ansicht geben, dass er ja nicht zweifle, sie seien Jakobiner, und dass er in diesem Sinne berichte und erzähle«[2]). Der befreundete Prinz zu Bentheim, der Karlsruhe und Varnhagen damals besuchte, erzählte diesem zwar, Bernstorff halte viel auf ihn und habe seine Berichte mit grossem Lob erwähnt[3]), aber die Anmeldung des Kronprinzen von Preussen in Karlsruhe erfüllte Varnhagen gleich mit wenig guten Ahnungen[4]). »Was mir an der ganzen Sache zuwider ist, ist das Geklatsch, das wahrscheinlich nicht fehlen wird, die Mitteilungen und Äusserungen über die Stände, über mich vielleicht usw. Je nun ich muss es gewähren lassen. H. v. Berstett zeigte neulich ein Paket Briefe, die nach seiner Versicherung den Beweis enthielten, dass dieselben Personen, die hier die Stände in Flammen gesetzt, auch schon wieder in Ludwigsburg Wohnung genommen hätten, um die Würtembergischen zu verderben!! O Jammer über den Staatsmann!«[5])

---

[1]) An Rahel. 6. und 7. Juli. Am 26. Juni erzählt er Rahel übrigens, wie er auf dem Museum den »verrufenen Knapp« beim Kartenspiel mit dem Staatsrat von Gulat trifft, dem jener Geld abgewann. — [2]) An Rahel. 9. Juli. — [3]) An Rahel. 9. Juli. Letzte lobende Noten aus Berlin: 31. Dezember 1818, 23. Januar, 26. Februar, 23. März 1819 (Dank für Bericht über Frankreich), 23. April (für die ungemein wichtigen Depeschen 12—24 und den Bericht über Kotzebues Ermordung). — [4]) An Rahel. 1. Juli. Der Kronprinz reise als Graf von Hohenzollern. — [5]) An Rahel. 10. Juli.

Schon ehe der Kronprinz von Preussen eintraf, war die Absicht der Kammerauflösung privatim an einige Mitglieder mitgeteilt worden. Varnhagen berichtet darüber nach Berlin mit einem Hieb auf das Ministerium, das an der Verfahrenheit des Karrens schuld sei, jedoch diesmal eher im Sinne der Regierung[1]). »Die Vertagung kommt mir gelegen und den gescheutern Ständemitgliedern auch«, schrieb er an Rahel, »die Ursache liegt in Dingen, die der Monarch nicht weiss, sonst würde er nicht auf Vertagung dringen. Das einmal mündlich. Vor Ende des Monats aber wird das Budget schwerlich fertig«[2]). Während dieser kritischen Tage kam der Kronprinz von Preussen durch Karlsruhe, wo er, wie Küster, in der Post abstieg. Er besuchte trotz des herrschenden Andrangs und der Hitze im Saal die Sitzung der zweiten Kammer. Es war der unglücklichste Tag, an dem er hätte kommen können. Varnhagen ist unglückselig darüber[3]). Was mag der Kronprinz und sein Gefolge in Berlin erzählt haben![4]) Varnhagen selber war damals schon gewogen und zu leicht erfunden. Am 15. schreibt er an Rahel: »Ich kann Dir nichts erzählen, liebe Rahel; es geht

[1]) Ber. v. 10. Juli. — [2]) An Rahel 11. Juli. — [3]) Varnhagen berichtet u. a. nach Berlin (15. Juli): Die Reisenden »wohnten auch einer Sitzung der zweiten Kammer der Ständeversammlung bei, welche jedoch wenig geeignet war, eine vorteilhafte Vorstellung von den Verhandlungen zu geben, da gerade die ersten Vorträge über das Budget teils trockene Zahlenreihen, teils schroffe und gehässige Angaben zu Ersparnissen darboten, in denen die Umsicht und Beurteilung oft vermisst wurden«. Noch schärfer ist Küsters Bericht vom 16. Juli. Am 19. Juli meldet Varnhagen, die Zivilliste des Grossherzogs sei sofort ohne Abzug bewilligt worden, dagegen seien die Sätze für die Markgräfin und die verwitwete Grossherzogin gekürzt worden. »Diese Verminderungen wurden von dem Ministerium, wie allgemein bemerkt wurde, nur schwach bestritten, wohl aber erhoben sich in der Kammer einige Stimmen dagegen. Man wirft dem Ministerium vor, besonders aber dem Herrn Minister von Berstett als Minister des Hauses, dass diese Gegenstände mit unverzeihlicher Nachlässigkeit behandelt worden und nichts geschehen sei, um die Abgeordneten in richtige Kenntnis zu setzen und ihren möglichen guten Willen aufzufassen, besonders auch in betreff der Apanagen der Markgrafen von Hochberg, bei welchen eine Erhöhung unumgänglich nötig erscheint und selbst von den Abgeordneten erwartet worden war«. — [4]) Vgl. Treitschke II, 519: Friedrich Wilhelm IV. versicherte bald nach seiner Thronbesteigung, sein Vater sei durch die konstitutionellen Erfahrungen der deutschen Nachbarstaaten bewogen worden, das Versprechen vom Mai 1815 in reifliche Erwägung zu ziehen.

hier nichts vor, was erfreulich wäre! Die Ständesachen muss ich erst wieder recht zusammenfassen, sie sind mir etwas auseinandergegangen; Liebenstein, Duttlinger, Rotteck, alle muss ich erst wieder aufsuchen«. Fürst Kosloffski[1]), Gesandter am badischen und württembergischen Hofe, war am 20. mit Varnhagen in der Kammersitzung, lobte den guten Geist der Stände, ihre Haltung und Ordnung, liess sich Liebenstein vorstellen und ging dann zum Grossherzog, »und wenn er«, fügt Varnhagen, der ihm über alles Auskunft gegeben hatte, hinzu, »dort auch so gesprochen hat, so mag es sehr pickant gewesen sein«. Am 21. spaziert Varnhagen noch mit Winter »unter anziehenden Gesprächen im Schlossgarten«. Sensburg, »der zweite Berichterstatter über das Adelsedikt« in der ersten Kammer, wird im Brief an Rahel mit folgenden Worten abgetan: »Er glaubte Winters Bericht zu widerlegen und gab ein stundenlanges elendes Gewäsch voll Ausfälle und Bitterkeiten, aber ohne Haltung und Geist, armselig zusammengerafft, in eigenen Widersprüchen schon im voraus geschlagen! Er stickte fast dabei, so schwer wurde ihm das Atmen und so lastete die Sache auf ihm«[2]). Am 22. Juli erfolgte plötzlich die Abberufung des Ministerresidenten Varnhagen[3]), am selben Tage der öffentliche Bruch zwischen dem Grossherzog, der sich nach Küsters Bericht gegenüber diesem mehrfach über seinen mit krassem Undank belohnten guten Willen aussprach, und den Ständen[4]).

Wir lernten Varnhagens Berichterstattung über die ersten badischen Landstände kennen; sie ging nach Berlin,

[1]) V. setzt Kosloffskis späteres Schicksal in den Denkwürdigkeiten mit dem seinigen in Parallele. — [2]) Briefe an Rahel 20. und 21. Juli. — [3]) Das kurze Abberufungsschreiben an Varnhagen (A. A.) ist abgedruckt Denkwürdigkeiten S. 588. In ihm ist vom Eingehen des Karlsruher Postens die Rede, im Schreiben an Küster vom gleichen Datum nur von Abberufung V.s. — [4]) Küster berichtet am 26. Juli über die Audienz vom 22., in der der Grossherzog der ersten Kammer seine Anerkennung aussprach: »Il a en revanche fait ententre aux deputés de la seconde chambre, qu'il était bien aise que de moins deux objets eussent pu rencontrer leurs suffrages, tandisque pour presque tous les autres objets de délibération ils s'étaient livrés à des discussions peu agréables et parfois même peu décentes; et en disant ces mots Son Altesse Royale leur a tourné le dos«.

aus dem Stägemann schon Mitte Mai geschrieben hatte: »Mitten wir im Leben sind von dem Tod umgeben«; wir sahen, wie vertraulich und unvorsichtig er mit den Abgeordneten weiterverkehrte, auch als er ihre Haltung nicht mehr voll billigen konnte; wir wissen, wie die Unterordnung des selbständigkeitsdurstigen, geistig überlegenen Varnhagen unter Küster von Anfang an unglückverheissend war[1]), wie letzterer die Dinge vielfach grundanders beurteilte als Varnhagen und von Neid auf dessen Grosskreuz geplagt war; wir wundern uns, wie unvorsichtig Varnhagen, darin übrigens bedeutenderen Staatsmännern der Zeit gleich, sich in seinen Privatbriefen äusserte, trotzdem er die Unzuverlässigkeit der Post kannte[2]); wir können uns vorstellen, wie sein Benehmen und seine Ansichten in diesem letzten halben Jahr unter den Kollegen und bei der badischen Regierung auffielen — kurzum, wir wundern uns keineswegs über seine Abberufung. Wer der letzte Urheber der plötzlichen Entwicklung des Schicksals gewesen ist, darüber weitere Vermutungen aufzustellen, ist müssig, wenn nicht vielleicht vorhandene weitere Quellen zutage kommen sollten[3]). In der Hauptsache sprechen die

[1]) Küster empfiehlt am 24. Juli die Verwendung von V.s »vorzüglichen Talenten« im öffentlichen Dienst in einer anderen als diplomatischen Stellung, wo »sein zu grosser Selbständigkeitstrieb etwas mehr Leitung und Aufsicht fände!« — [2]) Wie er durch die badische Polizei überwacht war, erzählt er in den Denkwürdigkeiten, S. 571, und wir glauben ihm, dass diese gerade damals vieles selbst dazu erfand. Die Erlebnisse mit dem unzuverlässigen Küpfer (ebenda S. 93, 178 f., 204 f., 591) hätten ihn wohl vorsichtiger machen können. — [3]) Der Direktor des Berliner Geh. Staatsarchivs, Herr Geheimrat Dr. Bailleu, erklärte mir, dass im Geh. Staatsarchiv nichts weiter darüber vorhanden sei. Im Archiv des Auswärtigen Amts, auf das er mich freundlich hinwies, wurde mir nach meiner Überzeugung alles vorgelegt, was nach der Kenntnis der dortigen Herren vorhanden war. Die Ermordung Kotzebues und alle daran sich knüpfenden Ereignisse, über die V. in den Denkwürdigkeiten besonders ausführlich berichtet, habe ich hier, da sie in den mir zugänglichen Berichten eine geringe Rolle spielen, nicht berührt. Die Beurteilung Sands, des Mannes der Tat, durch V., den Parteimann und Journalisten, dürfte übrigens mehr Züge zu des letzteren innerstem Charakterbild liefern, als vieles andere, und unserem für die harten Tatsachen geschärften Auge einen Grundmangel V.s und mancher seiner Gesinnungsgenossen scharf beleuchten. Er selbst hat das Gefühl, dass er sich durch seine Haltung gegenüber den sich an diesen Mord knüpfenden Ereignissen, z. B. der Stellung Karl Augusts von Weimar, bei Grossherzog Ludwig und Berstett immer mehr schadete, wie denn ersterer nicht begreifen

vorliegenden Quellen deutlich genug [1]). Ein Zusammenhang mit den Demagogenverfolgungen, die besonders im Anfang Juli in Berlin einsetzten, ist nicht nachzuweisen. Der »Verdacht geheimer und gefährlicher Verbindungen« bezog sich jedenfalls auf Varnhagens badische Tätigkeit, und dass die Gefahr nicht ernstgenommen wurde, beweist der Verzicht Küsters und Berstetts auf die von Berlin anheimgestellte Beschlagnahme seiner Papiere. Dass Varnhagen »seit einiger Zeit durchaus keine willkommene und angenehme diplomatische Person mehr, im Gegenteil nur lästig und bei der Ständeversammlung selbst schädlich gewesen und daher das frühere Vertrauen vonseiten des Grossherzogs und seines Ministeriums verlustig geworden, dass er bloss durch sein äusserliches Benehmen und Offenlegung seiner demokratischen Grundsätze gegen die Würde seines eigenen Hofes wie des hiesigen gefehlet«, diese Äusserung der Akten bezeichnet mit wünschenswerter Deutlichkeit die wahren Gründe der Abberufung. Im Karlsruher Archiv ist keine Zeile als Beleg für einen Schritt von badischer Seite in dieser Richtung zu finden, wenn dies auch irgend welchen geheimen Weg nicht ganz ausschliesst [2]), und Berstett sich in persönlichem Gespräch mit Küster offen ausgesprochen haben mag. In der Instruktion für Küster ist von Varnhagen betreffenden »mir von vielen Seiten zugekommenen Anzeigen und Beschwerden« die Rede. Küsters ebenda genanntes, aber nicht aufzufindendes Schreiben kam noch dazu. Damit lässt sich vereinigen, was der badische Gesandte in Berlin, General Stockhorner von Starein, unterm 20. Juli dem Grossherzog

---

konnte, dass der preussische Geschäftsträger ganz andere Ansichten vertrat, als seine Regierung. Über den Zusammenhang von V.s Abberufung mit der ganz Preussen in tiefe Bewegung versetzenden, Anfang Juli anhebenden Demagogenverfolgung, sind mir greifbare Akten nicht in die Hände gefallen. Und solche allein — etwa die der Mainzer Untersuchungskommission — könnten noch neues Licht in die Sache bringen, die doch auch so klar vor unsern Augen zu liegen scheint.

[1]) Die Instruktion an Küster und die Hauptpunkte von dessen Bericht über die Eröffnung der Abberufung an V. (A. A.) sind, um die vielfach verwirrten Tatsachen zu klären und die Darstellung nicht zu belasten, als Beilagen 5 und 6 abgedruckt. — [2]) Gütige Mitteilung von Archivdirektor Geheimem Rat Dr. Obser vom 28. August 1916.

meldet: »Ew. K. H. habe die Gnade untertänigst zu melden, dass der Minister Graf Bernstorff in der gestrigen diplomatischen Konferenz mir die Mitteilung machte: H. v. Varnhagen sei von Karlsruhe abberufen worden, weil die von verschiedenen Seiten über denselben eingelaufenen Berichte und Andeutungen in Depeschen fremder Gesandter an ihre Höfe dargetan hätten, dass er sich zu entschieden für die dortige Oppositionspartei gezeigt habe, als dass er ferner E. K. H. angenehm sein könne. Der hiesige Hof könne dies Benehmen nur mit Missbilligung ansehen«[1]). Welche Höfe und welche Gesandtschaften gemeint sind, darüber liesse sich nur nach Einsicht der amtlichen Depeschen urteilen, die nicht möglich war und die auch nicht viel zur Sache beitragen könnte; denn dass Varnhagens Benehmen unter den Kollegen auffiel, ist oft betont worden[2]).

Stägemann schrieb aus Berlin ganz richtig, man werde Varnhagen keine Gelegenheit zur Rechtfertigung geben, da man ihm auch keinen Vorwurf mache[3]). Küster hatte Befehl, sich über die Gründe der Abberufung nicht näher auszulassen, und sprach, als Varnhagen mit Recht seine Berichterstattung als Grund derselben vermutete, nur davon, dass Varnhagen sich vielleicht zu sehr als Liberaler in odiosem Sinne bekannt habe[4]). Den Glauben, dass Berstett doch eigentlich an allem Schuld sei, hielt Varnhagen ziemlich hartnäckig fest. Er benutzte, ehe er diesem seine Abberufung schriftlich meldete, die ihm früher vom Grossherzog »als ausserordentliche Gunstbezeugung« gewährte Erlaubnis jederzeitigen freien Zutritts. Der Fürst habe ihn, meldet Küster, mit seiner gewohnten Höflichkeit empfangen, sei indess nicht sonderlich in die Sache eingegangen. Varnhagen selbst erzählt in den Denkwürdigkeiten, Ludwig habe mehrmals gegen ihn fallen lassen »Die zweit' Kammer, ja die zweit' Kammer!« In seinem Schreiben an Berstett vom 23. Juli hofft er noch, dass ihm die Fortsetzung der Dienste

[1]) S. vorige Seite Anm. 2. — [2]) Er selber nennt in den Denkwürdigkeiten Stuttgart, Darmstadt, München und Frankfurt als die Orte, wo er verklatscht wurde. — [3]) V. S. Stägemann. 31. August. — [4]) Küsters Ber. v. 24. Juli.

gestattet sein werde, deren Anerkennung ihm so vielfach in Karlsruhe zu teil geworden sei[1]). 2 Tage später schreibt er nach der ruhigen Mitteilung von der Abgabe der Geschäfte an Bernstorff einen höchst undiplomatischen Brief, in dem er Berstett als seinen Verleumder anklagt. Dieser habe seinen besten Freund verraten[2]), er traue ihm alles zu. Berstett sei enttäuscht gewesen, dass er ihm keine preussische Auszeichnung verschafft habe, was er mit gutem Gewissen nicht habe tun können. Bernstorff versichert Varnhagen dagegen auf das Bestimmteste, dass der badische Hof und Berstett keine Beschwerde über ihn geführt hätten, wofür Varnhagen »sehr beruhigt« dankt[3]).

Bald waren mancherlei Gerüchte im In- und Ausland über Varnhagen verbreitet worden. Lindner hatte schon am 29. Juli seine Überzeugung ausgesprochen, dass die Katastrophe mit der Angst vor den Deutschtümlern zusammenhänge. Dem Freunde Ölsner muss Varnhagen den Verdacht des Zusammenhangs mit den Demagogenverfolgungen selbst benehmen[4]). Von Karlsruhe, das Varnhagen bald verlassen hatte, um zu Rahel nach Baden-Baden zu eilen, schrieb Friederich vor seiner Abreise: »Am 30. reist Berstett nach Karlsbad, um die Schattenrisse der Kammern zu überbringen[5]). Wie viele Gerüchte hier die Ultras über Sie mit Liebe verbreiten, mag ich nicht nacherzählen. Sie waren in Verhaft, Ihre Papiere weggenommen!! — Wie fromme Wünsche! Es ärgert sie auch, dass Sie über die Abberufung nicht ärger-

1) Gütige Mitteilung von Geheimrat Obser. Berstetts Antwort vom 24. Juli ist kühl. — 2) Er meint wohl Tettenborn, den alten Kameraden Berstetts. — 3) V. S. Bernstorff. 23. und 25. Juli, 9. und 19. September. Das Schreiben vom 9. September ist abgedruckt in den Denkwürdigkeiten, S. 622 f. Vgl. dazu V.s Brief an Ölsner vom Anfang November 1819 über seinen 3 stündigen Zank mit Bernstorff über die Gründe seiner Abberufung, als die auch hier die zu günstigen Berichte über die Ständeversammlung allein erscheinen. — 4) 3. September. — 5) Berstett hatte Küster anvertraut, dass er am 1. August nach Karlsbad reisen werde und dass er mit den Ministern von Baiern und Württemberg einen gemeinsamen Schritt bei Bernstorff und Metternich unternehmen werde betreffend »des mesures énergiques à employer d'un commun accord contre la tendance révolutionaire qui se manifeste de plus en plus dans tous les états presque de la confédération«. Der Bund müsse nötigenfalls die Macht erhalten, mit Gewalt einzuschreiten. Bericht v. 10. Juli.

lich scheinen, diesen Genuss hätten Sie ihnen doch geben können. Nur Ihre Frau Gemahlin scheint unangefeindet. Leben Sie wohl, l. V., wenn ich Sie bei der Rückkehr vermissen soll, so ist der Freude der Wiederkehr die eine schöne Hälfte wenigstens geraubt und mir selbst wahrhaft der Ankergrund im Hafen«[1]). Sehr ergötzlich aber ist, was Friederich an Varnhagen schreibt, als dieser ihm mitteilte, in Berlin glauben die Leute, der preussische Ministerresident habe — »risum teneatis!« — den Winterschen Bericht und die Liebensteinschen Reden gemacht, und sie seien gespannt, wie die Stände sich nun ohne ihn behelfen würden[2]): »Die Nachricht«, antwortet Friederich, »dass man in Berlin Sie für den Pandämos unseres Landtags hielt, hat mich ärgerlich lachen machen. Das ist altpreussentümlich dumm, was da glaubt, am Rhein gedeihen wohl Mandeln, Trauben und Kastanien; aber Geist müsse man auf Flaschen gezogen durchaus von der Mark verschreiben«. Beim Grossherzog aber, so schreibt er in demselben Brief, hat sich Varnhagens Stellung nicht verbessert. Friederich überreichte diesem auf Wunsch des Verfassers Zschokkes Schrift »Geist der deutschen Nation im Anfang des 19. Jahrhunderts« und das Gespräch kam auf Bignon, »von Bignon auf — Sie! Ich glaubte es meine Pflicht der Überzeugung zu bemerken und die besondere Verschiedenheit schon in der verehrungsvollsten Anhänglichkeit bezeugen zu müssen, worin ich Sie gegen S. K. H. erfüllt wisse«. Aber »les absents ont tort«[3]). Friederich war der Freund, dem Varnhagen sofort nach Küsters frühem Morgenbesuch, der ihm die Abberufung bekanntgab, seine Briefschaften für alle Fälle in Verwahrung gab. Im Winter 1826 erst kamen sie mit sicherer Gelegenheit wieder in Varnhagens Hände[4]).

---

[1]) V. S. Friederich. 29. Juli. — [2]) Vgl. hierzu die oben erwähnte Äusserung Treitschkes (II, S. 513). Sollten Äusserungen wie die Ölsners (15. Juli 1819): Von »Ihrem und Frau Varnhagens Einfluss auf den herrlichen Geist [der Kammer] bin ich in der Stille innigst überzeugt«, Treitschkes Quelle sein? — [3]) V. S. Friederich. 26. Oktober 1819. Nicht sehr angenehm in ihrem Ton sind Varnhagens Briefe an denselben, 10. Oktober 1819 und 15. März 1820, in denen er seiner Verehrung für den Grossherzog Ausdruck gibt. — [4]) V. S. Friederich, verschiedene Briefe 1821—1826.

Die Ungewissheit, in der Varnhagen über seine Zukunft lebte, und die ihn doch bedrückte, schien sich bald zu klären. Küster[1]) hatte unterm 24. Juli gemeint, wohl keine der süddeutschen Regierungen werde wünschen, Varnhagen als Gast in ihr Land aufzunehmen. Das Beste wäre »Einweisung in einen preussischen Ort, wo nicht alle surveillance fehlte und unter Bedingung eines von demagogischem Getriebe entfernten Verhaltens«. Der Vorschlag zeigt die etwas plumpen Gedankengänge dieses »Staatsmannes«, wie ihn Varnhagen höhnend nannte. Hardenberg aber, dessen Beschluss auch Ancillon abwarten zu müssen glaubt[2]) und der auch hier wieder als der eigentliche Geburtshelfer dieses preussischen Diplomaten erscheint, schrieb, nachdem die geplante Entlassung in kluger Weise in eine Aufhebung des Karlsruher Postens verwandelt worden war, im August 1819 an Bernstorff: »Wegen V. ist in Vorschlag gekommen, ihn . . . nach Nordamerika als Ministerresident zu schicken und ihm vorerst zu befehlen, über Holland nach England zu reisen, um dort die weiteren Anweisungen zu erwarten. Dieses scheint mir, alles wohl überlegt, der beste Ausweg zu sein, ihn aus Preussen, aus Deutschland und jetzt aus Baden wegzuschicken. Ich habe dem König davon gesprochen, welcher die Idee genehmigt; ich stelle also anheim, ob E. Exc. sie ausführen und das Erforderliche verfügen wollen«[3]). Es war eine Art Verbannung für Varnhagen, dessen scharfe Feder man gerne durch die Milde des Verfahrens gebändigt hätte. Er selbst erweckte hie und da später den Eindruck, als ob er die Sendung nach Amerika, die nicht zustande kam, nicht so

---

[1]) A. A. Schon etwas mehr als diplomatisch ist sein Schreiben an den Gestürzten vom 15. August 1819 »Halten E. H. sich überzeugt, dass ich nach meiner Ihnen beständig gewidmeten Hochachtung und Ergebenheit an allem, was Sie betrifft, jederzeit einen aufrichtigen Anteil nehmen werde. Wenn es nach meinen Wünschen gehet, so muss Ihnen wieder ein Würkungskreis zuteil werden, wo so vorzügliche Talente und Kenntnisse für das gemeine Wesen nicht nutzlos bleiben«. V. S. Küster. — [2]) A. A. — [3]) Hardenberg empfing V. nach dessen Brief an Friederich (18. Oktober), als er nach Berlin kam »mit freundlichem Wohlwollen und ohne eine Spur von Vorwurf« zu eingehendem Gespräch und zu Gaste bei sich. Bernstorff scheint ihm anfangs doch heftige Vorwürfe gemacht zu haben, doch spricht V. später meist mit Achtung von seinem Charakter.

aufgefasst hätte, während er sie bei seiner Ankunft in Berlin Bernstorff gegenüber für unannehmbar erklärte. Friederich sprach aus, was damit bezweckt wurde, und fand es arg, dass man »die guten Köpfe transatlantisire, um den mittelmässigen Kopfweh zu ersparen«. Aber »wenige Jahre führen Sie gewiss auf höhere Stufen zurück«[1]). Lindner schreibt enthusiastisch über die Mission nach Amerika, dem Lande der Freiheit[2]). Rotteck denkt ebenso: »So unlauter die Motive zu einer solchen Sendung gewesen sein möchten, so wäre sie mir wohl sehr geeignet erschienen. Was soll ein freisinniger Mann heut zu Tag an einem europäischen Hofe?« Es werde soweit kommen, dass die wenigen Guten alle nach Amerika auswandern, wenn nicht auch dort noch die Freiheit durch europäische Ränke und Gewalt zu Boden gedrückt werde[3]). Mit einer Bemerkung hatte er Varnhagen gegenüber recht: Was soll ein freisinniger Mann heut zu Tag an einem europäischen Hofe! Das vergass der ehrgeizige Varnhagen, der Diplomat und liberale Grösse zugleich sein wollte, ja der in seinen Denkwürdigkeiten jene Mission als dieser wie ein Nebengeschäft untergeordnet bezeichnet. Schlosser, der Geschichtschreiber, hatte recht gehabt, wenn er ihm schrieb: »Höher steigen brauchen Sie nicht, ob ich es gleich wünsche. Sie sind verständig, non sine lyra und haben, wie ich allgemein höre, eine sehr verständige Frau, was wollen Sie mehr?«[4]) Sein Freund und Gönner Tettenborn hatte ihm aus Wien geschrieben, er träume davon, noch einmal an der Spitze von 10 000 Reitern auszuziehen. Im Kriege entwickelten sich die besseren Eigenschaften des Menschen[5]). Varnhagen antwortete ihm darauf: »Gewiß, wer die Bahn der Kraft und des Mutes, der freien Persönlichkeit einmal betreten hat, der wird sich 1000 mal aus dem Gewirre abgeschmackter Künstlichkeiten, gleisnerischer Lüge und hohlen Scheines dahin zurücksehnen, wo wenigstens in den entscheidenden Tagen jeder Mann als er selbst auf eigenen Füssen dasteht«[6]).

[1]) V. S. Friederich. 26. Oktober 1819. — [2]) 20. September. — [3]) V. S. Rotteck. 1. Mai 1824. — [4]) V. S. Schlosser. 1. Juli 1817. — [5]) Ebda Tettenborn. 10. Januar 1820. [6]) Ebda. 6. Februar 1820.

Doch es blieb tiefer Friede, und Varnhagen, der mit dem vollen Karlsruher Gehalt als Wartegeld bis zu seiner Pensionierung in Berlin verblieb, riet weiter daran herum, wer an seinem Unglück die meiste Schuld habe. Er betrachtete die badischen Angelegenheiten weiterhin mit einem Interesse, das allmählich in Bitterkeit überging[1]), und suchte immer wieder die Gunst der Machthaber zu gewinnen, ohne doch den dauernden Wiedereintritt in die Staatslaufbahn jemals zu erreichen[2]).

---

[1]) Aus dem Bericht Küsters über die Auflösung der Kammer sei folgendes mitgeteilt: C'est ainsi que les états de Bade rassemblés depuis le 20. avril ont dû être congiédés sans avoir achevé le règlement d'aucune affaire importante et sans laisser d'autre résultat que le triste exemple des diffciultés que l'esprit de parti des démagogues d'aujourd 'hui a pu opposer aux intentions les plus graves et les plus généreuses d'un gouvernement qui n'avait pas demandé mieux que d'établir sur des bases raisonables la constitution représentative. — [2]) Mehrfache Bemühungen durch Tettenborn auf Metternich und Gentz einzuwirken s. V. S. Tettenborn. Vgl. auch die angeblichen Versuche der Gegner Hardenbergs, V. zu sich herüber zu ziehen (Tagebücher I, 148 f.) und das gelegentliche Stimmungsurteil, es sei besser gewesen, dass er nicht mehr in die nichtige diplomatische Laufbahn eingetreten sei. (Ebenda III, 300 f.). — Hingewiesen sei übrigens hier doch auf die mir erst nach Abschluss der Arbeit bekannt gewordene, auch von der Allg. D. Biogr. übersehene Charakteristik V.s durch R. Haym in den Preuss. Jahrbüchern XI (1863).

Beilagen.

I.

Küsters Bericht über Berstett.

Karlsruhe. Neujahr 1824.

. . . Der Freiherr von Berstett, dieser mit dem unbedingten Vertrauen des Grossherzogs ausgestattete Principalminister und eigentliche pivot der ganzen Staatsverwaltung, verdient wohl einige nähere Schilderung. . . . Herr von B. ist ein offener genialer Kopf von grosser Lebendigkeit, Reizbarkeit und Entschlossenheit, rechtlichem selbst ritterlichem Charakter, einem an Eitelkeit gränzenden Ehrgeiz, vieler Gefälligkeit und Gewandheit in den Formen, oft auch hypochondrisch und schwarzsehend, besonders aber in seiner wissenschaftlichen Ausbildung zu frühe stehen geblieben, indem er in der Jugend ohne vollständige Studien Soldat und in späten Jahren, ohne vom praktischen Civildienst untere Lehrlingsstufen zu durchlaufen, Diplomat geworden ist. Er hat leichte und oft glückliche Conceptionen, aber nicht immer mit besonnener und klarer Ideenübersicht. Er hat eine unverdrossene, oft fieberhaft grosse Tätigkeit, aber nicht immer von Ordnungsgeist geregelt. Hiezu [kommt] seine jetzige Kränklichkeit an Verdauungsschwäche und Nervenabspannung; sein Geist vermag viel über den Körper, aber nur wenn es Neuheit oder grosses Interesse der Beschäftigungen gilt; sind diese verwickelt oder alltäglicher Natur, so erschlafft seine Aufmerksamkeit bei erstem Eindringen. Er wird daher selten in nicht hochinteressanten Sachen gründlich arbeiten, sondern den Geist nur von der Oberfläche zu schöpfen suchen. Zudem muss ihn der hiesige Geschäftsorganismus fast erdrücken. Er hat diesen bei nicht hinreichender eigener Geschäftskenntnis und Behülflichkeit, und damit doch nicht das mindeste seinen, als des Principalministers, Händen entfalle, durch überhäufte Departements-, allgemeine Ministerial- und grossherzogliche Cabinettskonferenzen- und Vorträge, denen allen er beiwohnt, und durch sonstiges Hin- und Hercommuniciren, so umständlich, schwerfällig und zeitkostend einrichten helfen, daß Z. B. eine einzige zum auswärtigen Departement gehörende gewöhnliche Sache, die aber auch andere Ministerien angehet, und des Grossherzogs Genehmigung (wie hier in den meisten Fällen) erfordert, von der Eröffnung der Eingabe an bis zur Unterschrift des auf sie gefassten Beschlusses 32 mal durch seine Hände gehen kann und muß. Obendrein hat er aus Ökonomie wegen Scheu vor den Ständen das auswärtige Departement bis auf folgende wenige Personen zusammenschmelzen lassen:

den geheimen Legationsrat Müssig (einen gründlichen, jedoch etwas pedantischen, langsam und wegen Kränklichkeit ungleich arbeitenden Publizisten), Legationsrat Dusch (für die gewöhnliche Correspondenz), Rittmeister Hennenhofer (nunmehr Flügeladjutanten des Grossherzogs, zugleich aber immer noch im Auswärtigen Amt Expedienten, vertrauten Amanuensis des Ministers, einen gewandten Arbeiter) und etliche Kanzlisten nebst einem paar junger Accessisten oder Eleven. Der Herr von Berstett muß sich daher selber viel mit Details befassen, woneben seine Zeit durch eine lebhafte, meist eigenhändige und confidentielle Correspondenz mit dem Fürsten Metternich, Freiherrn von Anstett und anderen Staatsmännern, deren Vertrauen zu kultivieren ihn Staatsinteresse, Bedürfnis zur eigenen festeren Stellung und Eitelkeit antreiben, und mit den badischen Gesandten noch sehr in Anspruch genommen wird. So erklärt es sich, daß der geplagte und sich selbst plagende Mann oft vor lauter Geschäften zu keinem Geschäft recht kommen kann, und daß überhaupt in dem Geschäftsgang des auswärtigen Departements wie des Gesamtministeriums sich Regelmässigkeit und Gründlichkeit sehr oft vermissen lassen.

Die allgemeinen Grundsätze des Herrn von Berstett für das öffentliche Leben selber tragen indes den Stempel der Rechtlichkeit, Treue und einfachen Vernunft. Er ist einer der erklärtesten Feinde des revolutionären, demagogischen und auch nur sogenannt liberalen Unwesens und einer der wärmsten Verteidiger der Legitimität, des monarchischen Princips und jeder gesetzlichen Grundlage der gemeinsamen Wolfahrt, Ruhe und Ordnung der Staaten. Daß er selber die ständische Verfassung des Landes, bei deren Geburt er doch geholfen, ohne freilich ihre so weitgehenden Folgen zu ahnen, durchaus nicht mehr liebt und sie gern wegwünschen möchte, ist schon oben angedeutet. In der äußeren Politik bekennt er — im Gegensatz zu Württemberg — das System, daß ein kleiner Staat, so wie Baden, sich gegen die grössern Mächte nicht durch Breittun und Opposition, sondern nur durch Offenheit und Redlichkeit sichern und in Vorteil setzen könne und müsse. Er wird sich in allem, was das gemeinsame und höhere Interesse aller Staaten betreffen kann, jederzeit den verbündeten grössern Mächten mit vollem Vertrauen in die Reinheit und Wohltätigkeit ihrer Absichten anschliessen, in den Angelegenheiten des Deutschen Bundes aber vorzugsweise dem österreichischen Hofe.

Dieser Hof ist unter allen europäischen derjenige, dem der Herr von Berstett schon durch alte Gewohnheit und Vorliebe für einen Dienst, in welchem er die besten Jahre verlebte, durch hohe Meinung von dem im deutschen Bund überwiegend großen Einfluß des Präsidiums der Bundesversammlung, durch die besondere Geflissenheit des Fürsten Metternich und durch die in dessen Gunst dagegen gesuchte Stütze seiner eigenen Ministerexistenz am meisten und gänzlich gefesselt anhängt. Hier hat der österreichische

Staatskanzler eine leichte Aufgabe, so natürliche Neigungen und die ganze Art und Weise des Herrn von Berstett zu benutzen, teils unmittelbar durch confidentiellen Briefwechsel über ihn interessierende allgemeine und besondere Gegenstände, wobei es den Fürsten nur von Zeit zu Zeit einige flüchtige eigenhändige Zeilen, die wohl schmeicheln und einnehmen müssen, kostet, teils durch die Nachrichten und Ratschläge, die er dem Minister durch den General von Tettenborn und den hiesigen österreichischen Gesandten von Hruby zukommen lässt. Der letztere ist durch die ihm von dem Fürsten in offizieller und selbst confidentieller Correspondenz öfters gewährte Kenntnis seiner Ansichten und persönlich, wenngleich nur als ein gewöhnlicher Kopf, doch auch durch ein gewisses Talent von diplomatischem Ablauern, Wichtigmachen und Finassiren wohl im Stande, sich eines so offenen, hingebenden und nicht von Eitelkeit freien Charakters, als jener Minister ist, völlig zu bemeistern. Dies würkt auch auf den Grossherzog zurück und gehet in der Tat so weit, daß hieselbst auch in den allgemeinen Bundesangelegenheiten nichts Bedeutendes ohne Österreich geschiehet, und daß dem näheren Beobachter das ganze Verhältnis fast nur wie eine gänzliche Unterwürfigkeit des badischen Kabinetts unter den Willen des österreichischen erscheint. — Gewiss kann der preussische Hof sich solches bei seiner gegenwärtigen engen Verbündung mit dem Kaiserhofe und bei der Identität ihres beiderseitigen politischen Systemes wohl gefallen lassen. Entsteht indes die Frage, ob Herr von Berstett nebenbei Preussen auch liebt oder nicht liebt, so vermag ich darauf nur zu antworten, daß zum wenigsten ihm unser Hof sehr viel fremder und gleichgültiger als der österreichische ist, wenn nicht gar einige jener dunkeln und ungeneigt machenden Präventionen, die sich unbegreiflicherweise immer noch hie und da in Deutschland von einem alten preussischen System blinden Umsichgreifens fortgepflanzt haben, auch ihm noch einwohnen möchten. So gross und aufrichtig die persönliche Anhänglichkeit des Grossherzogs für unsern Hof ist, so erscheint doch die seines Ministers für Österreich vollkommen ebenso lebendig und in ihren Folgen noch würksamer. Mir waltet kein Zweifel darüber ob, im Fall einmal ein Zwiespalt zwischen Österreich und Preussen eintreten könnte, den badischen Hof ohne weiteres nur für ersteres und gegen letzteres Partei nehmen zu sehen, solange Herr von Berstett Principalminister ist.

Berliner Archiv.

2.

Aus amtlichen Depeschen Varnhagens über die Verfassungsfrage.

20. März 1817. . . Die würtembergischen Verfassungsangelegenheiten bringen durch den guten Anschein ihrer jetzigen Wen-

dung, die vielen unerwartet und manchen unerwünscht ist, in den hiesigen Verhältnissen sehr verschiedenartige Eindrücke an den Tag. Am Karlsruher Hofe ist man höchst missgestimmt gegen den König von Würtemberg, den man beschuldigt, durch seine zu grossen Bewilligungen und Nachgiebigkeiten gegen die Stände ein für alle Fürsten, besonders für die benachbarten, nachteiliges Beispiel gegeben zu haben, auf welches man nun überall mit mehr oder weniger Schein des Rechts sich berufen würde. Der Grossherzog hat hierüber gegen einen Vertrauten, von welchem ich es wiedererfahren, mit unverholenem Missmut seine Besorgnis geäußert; die höheren Hof- und Staatsdiener zeigen nicht minder, wie die Vorgänge in Würtemberg ihnen zur Beschwerde sind, und Veränderungen ankündigen, die manches jetzige Wohlbehagen stören werden. In der Tat sind die Hoffnungen und Forderungen derjenigen, welche in Baden auf Einführung einer Volksvertretung drängen, seit einigen Wochen merklich gestiegen, und mutiger als je erheben sie Haupt und Stimme; in dem Ministerium haben sie jedoch nur an dem Herrn Staatsminister von Marschall, der gegenwärtig in Frankfurt ist, eine Stütze, und seine Grundsätze im Einzelnen weichen überdies noch sehr von denen des allgemeinen Verlangens ab, vorzüglich in betreff der Abteilung der Volksvertreter in zwei Kammern, für welche hier wie in Würtemberg weder der Adel noch der Nichtadel gestimmt ist. Der Adel im Ganzen, besonders aber der ehemalige reichsunmittelbare ist überhaupt mehr der Wiederherstellung alter Vorrechte, als der Erlangung neuer geneigt, und hegt insofern den stärksten Geist der Opposition, daher auch bei ihm die anschliessende Nachgiebigkeit, welche die sogenannten Mediatisirten in der würtembergischen Ständeversammlung mit wenigen Ausnahmen für die Wünsche des Königs einstweilen bezeigen, grosse Missbilligung findet. In den unteren Volksklassen werden die Gedanken von Ständeberufung und Verfassung ebenfalls eifrig genährt; man will bemerken, daß viele protestantische Prediger, weniger die katholischen, durch ihre Vorträge, selbst auf dem Lande, freilich mit Vermeidung allzu auffälliger Sätze, dahin mitwirken. Am meisten jedoch und bei allen Ständen wird der Trieb nach Verfassung und die Überzeugung von der drängenden Notwendigkeit einer Ständeberufung in Baden durch die vielen Massregeln befördert, in denen die Regierung eine Art Haltungslosigkeit und Unzulänglichkeit zu verraten scheint, durch welche sie bei Einheimischen und Auswärtigen in immer grössere Missachtung sinkt und einen so üblen Willen erzeugt, daß man selbst die verdienstlichsten Anordnungen, wie zum Teil die gegen den Notstand des Landes getroffen waren, ihr nicht zum Guten anrechnet. . . .

9. Juni 1817. . . . Der Ausgang der Verfassungsunterhandlungen in Würtemberg erregt im Badenschen einen sehr lebhaften, aber ungemein verschiedenen Anteil, dessen entgegengesetzte Rich-

tungen auch hier in grosser Spannung stehen und eine gereizte Stimmung erzeugen, deren Dasein, auch ohne daß sie sich öffentlich und entschieden aussprechen darf, jeder fühlt und wahrnimmt, der nicht durch die scheinbare Stille getäuscht sein will. Während auf der einen Seite der Grossherzog in dem Fehlschlagen der Bemühungen seines Nachbars doppelte Genugtuung finden mag, sowohl der Person als der Sache wegen, indem das Gelingen derselben als ein auch ihm zur Nachahmung aufgenötigtes Vorbild dagestanden hätte, so kann sich auf der andern Seite das Volk in jenem Ausgange doch nicht für besiegt erkennen, und der beharrliche Widerstand, den dort dessen Vertreter geleistet, entzündet nur desto grösseren Mut und Ansprüche auch in den Nachbarn. Das Streben nach Verfassung ist noch zu wenig entwickelt und ausgebildet, um den Belehrungen rechten Eingang zu gewähren, welche man bemüht war dem Volke über sein wahres Beste zum Unterschiede von dem selbstsüchtigen Vorteile seiner Vertreter zu geben, und für den Augenblick sind allgemeines Missbehagen und gemeinsame Beschwerden das Band einer grossen Opposition, die allerdings die grössten Gegensätze schon in sich trägt, aber auch zu einer und derselben Wirkung zusammenhält. Will man diese Masse von aufgeregten Meinungen und Tätigkeiten gestaltlos sich selbst überlassen, so fragt sich, was am Ende daraus werden soll, und ob nicht auf diese Weise später desto gewaltsamer hervortritt, was früher milder eingeleitet werden konnte. Einen richtigen Grund zur Einstellung der beabsichtigten Verfassungsanstalten dürfen daher die Fürsten aus diesem zur Zeit misslungenen würtembergischen Versuche nicht schöpfen, denn das Streben und der Anspruch wächst im Stillen und in der Versagung stärker und heftiger als in der öffentlichen Äusserung und schon gewährten Gestaltung. Während zweien Jahren haben die Badener sich still halten müssen, während die Würtemberger fortschritten, allein wenn heute in Baden eine Ständeversammlung zusammenträte, so würde dieselbe nicht anfangen, womit die würtembergische anfing, sondern zuverlässig noch um keine Stufe niedriger, als wo die würtembergische jetzt eben stand; und so würde es fernerhin sein, sodass durch blosses Zögern nichts gewonnen wird. . . .

19. Juli 1818. . . . Von der Absicht, das Publikum zur Prüfung des Entwurfs und zur Eingabe von Beurteilungen aufzufordern, ist man aus mehreren Gründen zurückgekommen, unter welchen auch das Bedenken statt hat, dass durch eine solche Massregel in der Form doch ein zu grosses Aufsehen und in der Sache selbst wiederum nur unbestimmte Verzögerung verursacht würde. Dagegen soll der Entwurf, sobald er unterzeichnet und noch ehe er bekannt gemacht ist, durch eine besondere Sendung des Herrn Generals von Tettenborn zur Kenntnis seiner Majestät des Königs von Würtemberg gebracht und seine nachbarliche Stimme darüber erbeten werden. Die tätige Teilnahme, welche der König den baden-

schen Angelegenheiten bezeigt, und das persönliche Ansehen, in welches derselbe sich zu setzen gewusst, haben von Seiten Badens ein sehr enges Anschliessen an den würtembergischen Hof zur Folge gehabt und sichern dem letztern einen bedeutenden Einfluss, der auch in den Verhandlungen über das Bundeskriegswesen sich merklich offenbart hat. . . . Berliner Archiv.

3.

Aus Varnhagens amtlichen Depeschen über das Adelsedikt. 1819.

24. April. . . . Was aber die grösste Ungunst auf Herrn von Berstett wendet, ist die Erscheinung des anliegend beifolgenden neuen Edikts über die standes- und grundherrlichen Rechtsverhältnisse, als dessen hauptsächlichen Urheber und Verfasser man ihn ansieht. Abgesehen von dem Inhalte war es auch unstreitig die grösste Ungeschicklichkeit, dieses Edikt am Tage der Ständeeröffnung erscheinen zu lassen; vor 4—6 Wochen würde diese Erscheinung kein Aufsehen erregt und die Stände nicht erinnert haben, dass ihnen, die noch nicht zusammengetreten waren, eine Mitwirkung zu dem neuen Gesetze zustehen könnte: Jetzt sieht die Sache recht auffallend wie ein Versuch zu Einschiebung einer einseitigen Verfügung vor dem Beginn einer neuen Ordnung der Dinge und gleichsam wie eine den Ständen gelegte absichtliche Falle aus, entweder durch Schweigen ihre Befugnisse im Stich zu lassen, oder durch Einspruch gleich in den unwillkommensten und weitführendsten Streit mit der Regierung verflochten zu werden. Aber auch der Inhalt des Edikts erregt unter den ständischen Abgeordneten grossen Unwillen. . . . Die Ehrenvorzüge, welche dem Adel vermehrt worden sind, geben weniger Anlass, nur findet man einige derselben, Z. B. die Trabanten, Trauergeläut u. dgl. fast bis zur Lächerlichkeit ausgedehnt und bestimmt. Andre Vorrechte aber findet man empörend und auf keine Weise zu bewilligen. So findet man in § 63 lit. h den Edelleuten unter dem glimpflicheren Ausdrucke des Rügens unumwunden das Vorrecht zuerkannt, die Bauern zu prügeln; ferner beleidigt in § 61 die Begünstigung der Adelichen, dass ihre Söhne im Kriegsdienste gleich als Kadetten eintreten sollen, da sich doch z. B. in Preussen, welches hiebei öfters angeführt worden, kein Graf und Freiherr, ja kein königlicher Prinz des Diensteintritts als Gelehrter schämen dürfe, und auch hinwiederum gemeine verdiente Krieger bei festlichen Gelegenheiten zur königlichen Tafel gezogen zu werden pflegten. Ferner in demselben § wird von den unanständigen Auftritten gesprochen, welche beim Messen der Adelichen zum Kriegsdienste wegfallen sollen und dadurch für die Bürgerlichen gleichsam als fortbestehend erklärt sind, als dürfe der Staat gegen diese Klasse allerdings unanständig verfahren! Der Fehler in dem Ausgeführten scheint

freilich weniger in einer schlechten Absicht als in der ungeschickten Redaktion zu liegen, woran so viele amtliche Schriften leiden und für welche auch hier schlecht gesorgt ist. Was bei der Ernennung des Herrn von Berstett zum Staatsminister so vielfach gesagt worden, dass es demselben an Kenntnis und Fähigkeit zu dieser Stelle fehle, die durch eine gewisse Weltgewöhnung nicht ausgefüllt sei, wird jetzt von allen Seiten wider denselben ausgesprochen, und es dürften in der Ständeversammlung sich starke Stimmen gegen ihn erheben. Auch die Adelichen fangen an zu glauben, dass er ihrer Sache durch Mangel an Umsicht schlecht gedient habe. . . . Dieses unglückliche Edikt, dessen Anstössiges unbestreitbar hätte vermieden bleiben können, ohne dass darum in der Sache selbst eine Änderung nötig gewesen wäre, tritt als die erste Störung in die Stimmung der Stände, welche wahrlich von dem besten Geiste beseelt sind, aber durch das Missbenehmen der Behörde fast wider Willen auf schwierige Bahn geraten müssen! Nach vorläufigen Mitteilungen, die ich von mehreren Seiten vernommen, dürften jedoch die einflussreichsten Abgeordneten auch jetzt schon übereingekommen sein, aus Liebe zu dem Grossherzoge und zur Erhaltung aller möglichen Eintracht die von dem Ministerium gegebenen Blössen und gleichsam gegebenen Anreizungen mit aller Schonung und Mässigung zu behandeln, und die misshellige Spaltung, die jenes verursachen könnte, ihrerseits möglichst zu verhindern und zurückzuhalten. . . .

9. Juni. . . . Endlich ist der längst erwartete Bericht über den Antrag des Abgeordneten Knapp, die Nichtvollziehung des neuesten Standes- und Grundherrlichkeits-Edikts vom 16. April d. J. bezweckend, in der Kammer der Abgeordneten vorgetragen worden. Da derselbe für die gestrige Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt worden war, hatte sich ein ungewöhnlich zahlreiches Publikum eingefunden, und die allgemeine Aufmerksamkeit zeigte sich auf diesen Gegenstand sichtbar gespannt. . . . Es herrschte die grösste Stille, die während des ganzen, eine volle Stunde dauernden Vortrags [Winters] durch keinen Laut unterbrochen wurde. Der Redner begann mit ernster Ruhe und kraftvoller Gelassenheit und behauptete die gleichmässigste Stimmung und Haltung bis zum Schlusse. . . . Der Redner verliess die Bühne unter lautem Beifallsrufen der ganzen Versammlung, die zum ersten Mal in solch lebhafte Äusserung bei dieser Gelegenheit ausbrach. Die Wirkung war ausserordentlich, der Eindruck überwältigte alle Anwesenden, selbst die Gegner, durch die Gewalt der Gründe und Schlussfolgen betäubt, bezeugten denselben durch ihre Haltung. . . . [Der Wintersche Bericht] wird unstreitig weithin ein grosses Aufsehen erregen und vieles Schlummernde in Bewegung setzen. Ohne ein Urteil über die Angelegenheit der Mediatisirten im Ganzen und über deren Behandlung im Einzelnen aussprechen zu wollen, glaube ich behaupten zu dürfen, dass dieser Bericht in der ganzen Art und Weise, wie die Ansichten über diese Sache bisher be-

standen, eine bedeutende Änderung herbeiführen, und für die Behandlung dieses wichtigen Verhältnisses in den landständischen Beziehungen Epoche machen wird; das hier ausgesprochene Urteil eines sehr achtungswerten und leidenschaftslosen Staatsbeamten gehört einer Denkart an, zu welcher die Neigung immer verbreiteter zu erkennen ist und deren Stärke durch jedes hinzukommende Wort gewinnt. Diese Denkart ist die der liberalen Ideen und Einrichtungen, denen selbst der russische Kaiser in seiner Warschauer Rede gehuldigt hat, und deren Wirksamkeit in der Bahn repräsentativer Verfassung so allgemein ausgesprochen wird. Dass diese Denkart in den Gegenden, die mein Standpunkt überschauen kann, die herrschende im Volk und die am stärksten fortschreitende ist, glaube ich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich anmerken zu müssen, obwohl ich mir hier nicht erlaube, den eigentlichen Gehalt derselben zu untersuchen. Vielleicht dürfte sich finden, dass derselbe nicht überall nach gleichem Maße zu beurteilen ist und in den deutschen Staaten nicht die gefährliche Beimischung hat, die man anderwärts darin so oft hat befürchten wollen. . . .

16. Juni. . . . Das Ministerium scheint seinen irrigen und gefährlichen Weg angestrengt zu verfolgen und seiner persönlichen Stellung die höhere Erwägung des Staatsinteresses aufzuopfern. Weil die zweite Kammer Anordnungen dieses Ministeriums, dessen Blössen schon von ihm selbst nicht mehr geleugnet werden, anzugreifen gewagt, soll diese Kammer nun als revolutionär verschrieen werden! Leider ist es wahr, daß die schändlichsten Verleumdungen und bösartigsten Ausstreuungen in diesem Betreff gemacht werden, an welche sich die beleidigendsten Äusserungen gegen Stand, Gewerbe u.s.w. der Volksvertreter anreihen; die Quelle dieser Betreibungen ist ohne Hehl am Tage. Was kann die Regierung dabei am Ende gewinnen, daß sie glauben macht, sie habe es mit revolutionären Ständen zu tun? Höchstens könnte bewirkt werden, was man vermeiden will; im besten Falle zeigt der Augenschein, daß der Minister unrichtig geurteilt hat, und dabei kann sein Ansehen nichts gewinnen. Dies ist hier der Fall. Das Publikum glaubt nicht, was man ihm vorspiegeln möchte, höchstens werden für den Augenblick einige Höfe in der Ferne durch irrige Berichte getäuscht. . . .

18. Juni. . . . In der Sache selbst ist die Kammer ganz einstimmig; kein einziger Abgeordneter hat für die Minister, deren Werk das neueste Adelsedikt ist, auftreten wollen, sie selbst haben sich nicht hinlängliche Mittel zugetraut, um an der Diskussion unmittelbar Anteil zu nehmen. Es scheint für das jetzige Ministerium, welchen Beschluß auch die Kammer fassen mag, sobald sie nur in der Hauptsache bei ihrer Ansicht beharrt, nichts zu gewinnen und immer dieselbe Verlegenheit übrig zu bleiben; doch dürfte ihm die strengere Meinung, nach welcher die Kammer keinen Vergleichsvorschlag machte, sondern lediglich ihre Ver-

werfung des neusten Edikts ausspräche, für den Augenblick willkommener sein, als die nachgiebige Stimmung zu aussöhnendem Versuche, in welchen einzugehen unvermeidlich und dem Selbstgefühle des persönlichen Ansehens doch am schmerzlichsten wäre. Ich vermute sogar, daß von diesem Standpunkte aus das Ministerium seinen Einfluß, der zwar bei den Abgeordneten nicht sehr bedeutend ist, dahin verwenden wird, um die ihm im wesentlichen zwar feindseligere, aber im jetzigen Augenblick bequemere Meinung der Abgeordneten Dr. Duttlinger und Winter (von Heidelberg) überwiegen zu machen. Hiezu dürfte eine von seiten des Ministeriums veranlasste Widerlegungsschrift gegen den Kommissionsbericht, der sich unter der Presse befinden soll, allerdings beitragen, da dieselbe nun vor dem Beschlusse der Diskussion noch erscheinen kann und wahrscheinlich die versöhnliche Stimmung nicht verstärken wird. . .

Berliner Archiv.

4.

Liebenstein an Varnhagen.

Karlsruhe, 30. Juli 1819.

Ich kann Karlsruhe nicht verlassen, ohne Ihnen noch ein Lebewohl zu sagen. Seit dem Anfang dieser Woche war ich täglich in Ihrer Wohnung, auf meine Frage, ob Sie noch nicht zurückgekehrt seien, wurde mir immer mit Nein geantwortet. Morgen verlasse ich die Stadt, um durch das Murgtal über den Kniebis und Rippoltsau nach meiner bescheidenen Heimat zu reiten. Ich darf somit nicht hoffen, Sie bald wieder zu sehen und muß schriftlich von Ihnen Abschied nehmen.

So wie die letzten 3 Monate eine der interessantesten und vielleicht die folgenreichste Epoche meines Lebens sind, so werden die Stunden, die ich mit Ihnen verlebt, in meiner Erinnerung stets als erfreulich leuchtende Punkte stehen. Mit Ihnen mich immer auf gleicher Bahn der Gesinnung und des Wirkens zu finden, wird so wie jetzt so auch künftig mein Stolz sein.

Die Geschichte unserer Verhandlungen mit dem für Sie nicht minder als für uns verhängnisvollen 22. Juli kennen Sie wahrscheinlich. Ist scheinbar auch wenig erreicht, so ist doch ein Grosses gewonnen; die klare Einsicht, wo es fehlt und woher die Hilfe kommen kann. Wäre auch alles verloren, so ist doch die Ehre nicht verloren und auch der Mut nicht.

Mit den Gefühlen der innigsten Hochachtung bin ich

Ihr ergebenster Freund

v. Liebenstein.

P.S. Ihrer verehrten Frau Gemahlin empfehlen Sie mich gütigst zu geneigtem Andenken.

Staatsbibliothek Berlin.

5.

Aus der Instruktion für Küster betr. die Abberufung Varnhagens.

Berlin, 13. Juli 1819.

... Schon ehe ich Ew. pp. vertrauliches in Ansehung dieses letzteren [Varnhagens] mit so vieler Schonung und Zartheit abgefasstes Schreiben erhielt, waren mir in Betreff desselben von vielen Seiten Anzeigen und Beschwerden zugekommen, welche über die Natur und den Grund seines Benehmens wenig Zweifel übrig liessen.

Ich getraue mich jedoch nicht, ein bestimmtes Urteil über den Grad seiner Schuld zu fällen, und wir sind ihm noch die Gerechtigkeit schuldig, einer jeden Rücksicht Raum zu geben, welche diese zu vermindern geeignet sein dürfte.

Allein so viel ist in jedem Falle klar, dass, nachdem er das Vertrauen des badenschen Hofes durchaus verscherzt und sich, wäre es auch nur aus Unvorsichtigkeit, bösem Verdachte und schweren Beschuldigungen ausgesetzt hat, er dadurch nicht nur der Mittel beraubt worden ist, seinem eigenen Hofe auf seinem bisherigen Posten mit Nutzen zu dienen, sondern auch schon diesen Hof in die Notwendigkeit versetzt hat, sich, um nicht in einem falschen Lichte zu erscheinen, durch einen entscheidenden Schritt gegen Missdeutung zu verwahren.

Seine Majestät haben sich daher bewogen gefunden, gedachten Varnhagen ohne Verzug von seinem Posten abzuberufen.

... Sie werden ihm dieses Schreiben bei Ihrer Ankunft in Karlsruhe mit der Äußerung zuzustellen haben, dass Sie angewiesen seien, das Gesandschaftsarchiv sogleich von ihm in Empfang zu nehmen.

Wie das Schreiben an den Varnhagen in der schonendsten Form abgefasst ist, so haben Ew. . sich auch nicht für verpflichtet zu halten, sich gegen ihn über die Gründe seiner Abberufung auszulassen. Ich glaube Ihnen Ihre Aufgabe in Beziehung auf denselben durch das beziehende nötigenfalls aufzeigbare Schreiben zu erleichtern.

Es ist zur Sprache gekommen, ob bei dem Verdachte demokratischer und pflichtwidriger Verbindungen, welcher auf dem V. lastet, nicht hinlänglicher Grund zu einer Beschlagnahme seiner sämtlichen Papiere vorhanden sei.

Der Beschluss S. M. d. Königs ist jedoch dahin ausgefallen, daß zu dieser Maßregel nur in dem Falle zu schreiten sei, daß die badensche Regierung Ew. . zur Begründung jenes Verdachts hinreichend bestimmte data liefern sollte und daß Sie glauben könnte[n?] sich von der Beschlagnahme der Papiere des Varnhagen irgend wesentliche Aufschlüsse in Betreff geheimer und gefährlicher Verbindungen im allgemeinen oder auch wahre Beweise der persönlichen Schuld versprechen zu müssen.

In diesem Falle würden Ew. . die behufs dieser Beschlagnahme erforderlichen Maßnahmen mit dem Badenschen Ministerium zu verabreden und in rasche Ausführung zu bringen, demnächst aber die unter Beschlag und Siegel genommenen Papiere hieher einzusenden haben.

Immer wird es nötig sein, der Übergabe des Abberufungsbriefes an den Varnhagen eine vertrauliche Eröffnung an das grossh. Ministerium über den Ew. . erteilten Auftrag vorangehen zu lassen und Ihre ferneren Schritte nach dem Resultate der dadurch veranlassten Besprechung abzumessen.

Berlin. Auswärtiges Amt.

6.

Aus Küsters Bericht über Varnhagens Abberufung.

Karlsruhe, 22. Juli 1822.

Hat das Schreiben aus Berlin durch Küpfer erhalten. Konnte, da noch in Karlsruhe, die Hauptfrage gleich mit Berstett besprechen, ob der Karlsruher Hof bestimmte Anhaltspunkte für die Beschlagnahme der Papiere begründende Schuld Varnhagens habe.

Der Herr von Berstett hat mir hierauf in unumwundenen Ausdrücken geäussert, daß, wiewohl sein Hof zu der Abberufung des Herrn p. Varnhagen nie offizielle Schritte getan haben würde, ihm dennoch diese Abberufung nicht anders als erwünscht und angenehm sei, teils im Allgemeinen als ein neuer Beweis der Consequenz und Festigkeit des preussischen Hofes in seinen Vorschritten wider das jetzige demokratische Getreibe, teils und besonders aber wegen des hiesigen Hofes selbst, für welchen der Herr p. Varnhagen seit einiger Zeit durchaus keine willkommene und angenehme diplomatische Person mehr, sondern im Gegenteil nur lästig und bei der Ständeversammlung selbst schädlich gewesen und daher das frühere Vertrauen von Seiten des Grossherzogs und seines Ministeriums verlustig geworden sei.

Übrigens aber bezeugte mir der Herr von Berstett, daß er keine solche bestimmte data, welche den oben angedeuteten Verdacht gegen Herrn p. Varnhagen begründen könnten, habe, daß letzterer blos durch sein allgemeines äußerliches Benehmen und Offenlegung seiner demokratischen Grundsätze gegen die Würde und das Interesse seines eigenen Hofes wie des hiesigen gefehlet, und dass er (von Berstett) daher der Meinung sei, in die weitere Ausrichtung meines Auftrages alle mit dem Zweck vereinbarliche Schonung zu legen.

Überreicht dann Varnhagen das an diesen gerichtete Abberufungs- und sein Beglaubigungsschreiben, während er von dem oben genannten Hauptschreiben (das sich in den Akten nicht findet) keinen Gebrauch macht.

Derselbe war anfangs betreten, sammelte sich aber bald. Ihm entging es denn nicht, dass, so allgemein gestellt die Abberufung

auch war, doch eine Ungnade zum Grunde liegen müsste; und er überliess sich nun verschiedenen Vermutungen, wer ihn angeschwärzt oder was etwa an seinem Benehmen missfallen haben könnte. Da er sehr lebhaft mit Klagen über Klagen in mich drang, um ihm die Ursache der Abberufung zu sagen, und da er wiederholt äusserte, daß diese ohne Zweifel von dem H. von Berstett, den er für seinen persönlichen Gegner halte, direkt oder indirekt verlangt oder herbeigeführt sein müsse, so erwiderte ich ihm, daß, so wenig ich von allem, was in Beziehung auf ihn etwa vorgekommen, unterrichtet sei, ich doch seine Voraussetzung wegen des Herrn von B. für irrig halten müsse, und überhaupt moralisch überzeugt zu sein glaube, dass seine Abberufung nicht von dem hiesigen Hofe verlangt oder eingeleitet worden. Um ihn jedoch nicht gänzlich zu desorientieren, liess ich ihm, als er von seinen eigenen Berichten sprach, als meine Vermutung den Grund fallen, daß er sich zu sehr zu dem System der sogenannten Liberalen, eines Wortes, dessen Bedeutung jedermann wisse, bekannt haben werde. Weiter bin ich gegen ihn in Explikationen über die Motive seiner Abberufung nicht eingegangen. . . .

Berlin. Auswärtiges Amt.